Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Merseburgerstraße 14 Fernruf 1047 Geöffnet 7—5 Uhr Schriftleitung: Fernruf 1045 Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte, 500 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher — Postscheckkonto: Leipzig 1666 45. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Freitag, den 20. Januar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 17**

Notschreie aus deutschen Kerkern

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Hungerstreik in Hamburg

Hamburg, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die im Hamburger Zuchthaus und Gefängnis inhaftierten Genossen werden am Montag, den 23. Januar, in den Hungerstreik treten.

*

Wieder ein politischer Gefangener bis zum Irrsinn gemartert.

Niemals ist die Bourgeoisie in ihrem Haß gegen die Arbeiterklasse unersättlicher und grausamer als in den Perioden, in denen sich das Proletariat gegen die ihm von der Bourgeoisie aufgezwungene Verelendung und Unterjochung erhebt. Rücksichtsloses Niederschlagen, Mord und Totschlag, sind das A und O aller Regierungskunst des kapitalistischen Staates. Was nicht ermordet wird, wird in den Zwingburgen des Klassenstaates, den Gefängnissen und Zuchthäusern einem langsamen Tode überliefert. Die verirrten Henkersknechte der deutschen Republik sehen in dem politischen Gefangenen ebenso wie der Staatsanwalt den Auswurf der Menschheit, der ins Gefängnis und Zuchthaus nur deshalb kommt, um einen qualvollen Tod zu erleiden. Die Bourgeoisie hat mit der Klassenjustiz und dem Strafvollzug Elemente beauftragt, die ihrer würdig sind. Nicht nur, daß man die Gefangenen und deren Angehörige seelisch zugrunde richtet, nein, auch körperlich werden sie vollkommen ruiniert, so daß sie als vollwertige Menschen nicht mehr zu gebrauchen sind.

Der Hungerstreik der politischen Gefangenen zeigte aller Welt die Schande der Ebert-Republik. Die grausame Behandlung der Hungerstreikenden läßt die Furcht der Bourgeoisie vor dem heiligen Zorn des Proletariats erkennen, die Androhung des neuen Hungerstreikes der politischen Gefangenen am 22. Januar beantwortet die Strafvollzugsbehörde mit brutaler Gewalt, Täuschung und Irreführung.

Durch den Hungerstreik, durch den Willen der Arbeitermassen, sehen sich die Heloten der herrschenden Klasse gezwungen, einen Teil der Inhaftierten freizulassen. Aber wie kommen unsere Genossen zurück? **Gebrochen an Leib und Seele.** Körperlich kaum noch arbeitsfähig, seelisch zusammengebrochen, ihr Geist durch die Mißhandlungen umnachtet.

Der Genosse Kunze aus Aisleben, der neun Monate seiner zehnmonatigen Gefängnisstrafe verbüßt hatte, wurde zu Weihnachten aus dem Kasseler Gefängnis entlassen. Er kam als Geistesgestörter zurück, so daß der Bürgermeister von Aisleben seine Ueberführung nach der Irrenanstalt Nietleben veranlassen mußte. In klaren Stunden gibt er an, daß er auf Befehl der Aufseher von drei Kriminalsträflingen mit Holzpantinen geschlagen worden ist. Genosse Kunze hat jetzt am Kopf drei Narben und eine Beule, die er vor seiner Verhaftung nicht gehabt hat. Wird er nach den Namen seiner Peiniger befragt, so gibt er deren Namen aus Furcht vor weiteren Folgen nicht preis, da ihm gedroht worden ist, bei Nennung der Namen soll er totgeschlagen werden. Der Magistrat der Stadt Aisleben hat bereits eine Untersuchung dieser Mißhandlung beantragt, da ja die Stadt die Kosten für den bis zum Irrsinn gemarterten Genossen tragen muß.

Hier zeigt sich das nackte Gesicht des deutschen Strafvollzuges, hier zeigt sich das Schicksal des revolutionären Kämpfers. Wieviel solcher Tragödien mögen sich hinter Gefängnismauern abspielen? Hier ist Arbeit für den sozialdemokratischen Reichsjustizminister, hier muß durchgegriffen werden. Die Bestien, die die politischen Gefangenen durch andere bis zum Irrsinn schlagen lassen, gehören ins Zuchthaus. Hier hilft nur der Kampf der einigen und geschlossenen Arbeiterschaft. **Für den 22. Januar haben die politischen Gefangenen den Hungerstreik angekündigt. Der 22. Januar muß die Arbeiterschaft auf dem Plan finden, bereit zum Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen.**

*

Ein Notschrei aus dem Brieger Zuchthaus

An das deutsche Proletariat!

Genossinnen und Genossen! Klassen- und Kampfesbrüder!

9 Monate sind verflossen, daß wir von einem deutschen Sondergericht zu jahrelanger Zuchthausstrafe verurteilt wurden, 9 Monate schmachten wir hinter Kerkermauern und wer weiß, wie lange wir noch dieses elende, graue Dasein fristen müssen. Man schaffte uns in eine Gegend, wo noch der deutsche Patriotismus und die Monarchie hoch in Ehren stehen, wo es unseren Angehörigen nie möglich ist, durch die wirtschaftliche und finanzielle Notlage uns jemals zu besuchen. Am 28. November traten wir in den Hungerstreik, mit der menschlichen Forderung: Ueberlieferung von dieser Anstalt nach einer mitteldeutschen Anstalt. Am sechsten Tage unseres Streikes, wo etliche Genossen schon mit einem Fuß am Rande des Grabes standen, traf endlich der Oberstaatsanwalt von Breslau ein. Er versprach, sofort alles zu tun, was in seinen Kräften steht, um unsere Ueberführung so schnell wie möglich zu bewerkstelligen, ja er fügte hinzu, daß es wohl keine Behörde gebe, die gegen so eine Bitte und Forderung etwas einzuwenden hätte. Im festen Glauben und guter Zuversicht, nun bald in der Nähe der Unseren zu sein, brachen wir dann am 4. Dezember unseren Hungerstreik ab. Aber ach, es sind ja elende Proleten, die da den Wunsch haben, in die Nähe ihrer Angehörigen zu kommen, für die die bessere Welt, am wenigsten die deutsche Justiz, kein Mitgefühl und Erbarmen kennt. 1½ Monat sind seit dem Tage, an dem der Breslauer Staatsanwalt bei uns war, verflossen. In diesen anderthalben Monat haben wir zwei Anfragen an diese Staatsanwaltschaft gesandt, aber keine Antwort, keine Nachricht bekommen. Proletarier! In dieser Zeit hat sich zugleich in Leipzig vor dem Reichsgericht eine Komödie abgespielt, von der uns ein anderes Licht über die Rechtsprechung aufgegangen ist. Genossen! Dort hat man überführte Hochverräter freigesprochen und bei uns hat man unschuldige Arbeiter und Proleten, die da kämpften um ihr Ideal, um die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend, jahrelang ins Zuchthaus gesteckt. Wehe dem, der nur einen Teil von einer Handgranate im Besitze hatte, wurde wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz nicht unter 5 Jahren Zuchthaus bestraft.

Genossen! Wir richten uns nun mit unserem Notschrei an das gesamte deutsche Proletariat, helft uns befreien aus den Krallen dieser Henker der Klassenjustiz, rettet uns, sowie unsere Angehörigen vor dem moralischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch. Genossen, heute wissen wir, daß wir nicht nach Mitteldeutschland kommen, sondern unsere Urteile werden geprüft und wir haben die Ehre, vom Zuchthaus über die Straße ins Gefängnis einzuziehen. Kein Mensch hat Erbarmen, die zu Gefängnis „begnadigten" Genossen nach ihrem Heimatsgefängnis zu befördern. Glaubt nun wirklich die deutsche Regierung, bei uns Gnade walten zu lassen, wenn sie uns vom Zuchthaus ins Gefängnis steckt? Nein, niemals. Ob Zuchthaus oder Gefängnis, es ist ganz gleich. Wir bleiben doch gefangen. Wir rufen der Justiz und der Regierung zu: Gott uns unsere Freiheit und hunderte und tausende Familien werden von der größten Not und dem ärgsten Elend befreit, sie werden verschont bleiben vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Genossinnen und Genossen! Unterstützt uns in unserer Bitte, daß wir endlich von Schlesien nach Mitteldeutschland geschafft werden, damit wir endlich erst einmal wieder in die Nähe unserer Angehörigen kommen. Proletarier! Erhört den Notschrei der politischen Gefangenen aus dem Brieger Zuchthaus und Gefängnis.

Mit kommunistischen Gruß grüßen Euch Eure Genossen.

Nachschrift: Genossen! Wir bitten Euch, diesen Brief in sämtlichen Arbeiterzeitungen zu veröffentlichen. Weiter teilen wir Euch mit, daß schon das halbe Zuchthaus an Grippe krank liegt. Herzliche Grüße durch die Presse übermitteln unseren Lieben zu Hause. Die Obigen.

Diese erschütternde Anklage spricht für sich. Wir brauchen ihr keine Zeile zuzusetzen. Werden die Arbeiter nun ihre Pflicht tun?

Die kastrierte Demokratie

Berlin, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Unter der tätigen Mitarbeit des rechtssozialistischen Abgeordneten Schmidt ist ein Gesetzentwurf zustande gekommen, nach dem Reichstagsabgeordnete von Sitzungen des Parlaments ausgeschlossen werden können und ihnen sogar das Betreten des Reichstagsgebäudes verwehrt werden kann.

Dieses Gesetz richtet sich hauptsächlich gegen die Kommunisten und soll sie in stürmischen Zeiten der Polizeigewalt ausliefern.

*

Berlin, 20. Januar (Eig. Drahtnachricht.) Im Preußischen Landtag steht am Sonnabend die Strafverfolgung unserer Genossen Eberlein, Schoenbeck und Scholem auf der Tagesordnung.

Das drohende Steuerkompromiß

WTB. Berlin, 20. Januar.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern ihre Beratungen über die Steuerfrage abgeschlossen. Laut „Vorwärts" werden die Angebote der Reichsregierung in mehreren Punkten als nicht weitgehend genug bezeichnet. Der Plan einer Zwangsanleihe vermag bei weiteren Zugeständnissen der Regierung vielleicht zu einer Verständigung führen, wenn er als ein sichtbares Opfer des Besitzes zu betrachten ist. Die „Deutsche Allg. Ztg." und das „Berl. Tageblatt" glauben, daß die gestrigen Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Basis für Verhandlungen mit dem Zentrum darstellen, die zu einem Steuerkompromiß führen könnten. Die erste interfraktionelle Sitzung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie findet heute statt.

Die Entscheidung in der Steuerfrage steht vor der Tür. Die Galgenfrist von 14 Tagen, die die Entente der deutschen Regierung gestellt hat, damit diese ein Steuerprogramm aufstellt, ist bald abgelaufen. Die Sozialdemokratie ist daran, ihre Entscheidung zu fällen. Sie hat sich prinzipiell zum Steuerkompromiß bereit erklärt. Offiziell und offiziös und inoffiziös wird verkündet und gemunkelt, daß das Kompromiß vor dem Abschluß steht. Auch die USP. hat nach der von ihr veröffentlichten Mitteilung der VPM. erklärt, daß sie gegen Kompromißverhandlungen mit dem Zentrum nichts einzuwenden habe.

Noch einmal: Was bedeuten die Verhandlungen mit dem Zentrum? Was bedeutet das Kompromiß, das dabei herauskommen kann?

Es kann kein Zweifel darüber walten, daß die Grundlage für diese Verhandlungen auf der Seite der Sozialdemokratie in dem Fallenlassen der Forderung der Erfassung der Sachwerte und der Zustimmung zur Belastung der Arbeiterschaft mit neuen indirekten Steuern besteht. Die USP. hat in Leipzig auf ihrem Parteitag feierlich erklärt, daß sie jede neue indirekte Steuer ablehne und bereit sei, mit allen Mitteln den Kampf für die zehn Forderungen des ADGB., die als Mindestforderungen betrachtet, zu führen. Jetzt stimmen USP.-Führer, auch auch indirekt, der Abwälzung der Reparationslasten auf die Arbeiterschaft zu, indem sie sich als stille Teilhaber am Kompromißgeschäft der SPD. und des Zentrums beteiligen.

Aber das Steuerkompromiß bedeutet noch mehr. Das wird klar aus der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei, der führenden Partei der deutschen Bourgeoisie. Ueber die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags, in der Rathenau Bericht über Cannes erstattete, schreibt die „Tägliche Rundschau":

Beide Redner, Stinnes und Helfferich, waren oppositionell gemäßigter als vor 4 Wochen. Es hat ja im Augenblick auch keinen Zweck, Kriegsstimmung zu erzeugen, wenn man nicht weiß, wie man die Krise lösen will. Die Deutsche Volkspartei könnte auch erst in dem Augenblick der Regierung gegenüber entschieden Farbe bekennen, wo sie sich fest entschlossen hätte, entweder mit Herrn Wirth völlig mitzuspielen oder sich gänzlich zurückzuziehen. **Wir halten es für klug, daß die Volkspartei die Rolle des Kunktators so lange weiterspielt, bis die innerpolitischen Ungewißheiten des Augenblicks, an denen vornehmlich die Sozialdemokratie schuld ist, einem klareren Situationsbilde weichen.**

Die Deutsche Volkspartei hat also ihre oppositionelle Stellung gegen das Kabinett Wirth aufgegeben. Die Gründe sind klar genug. Die Reparationsfrage wird nunmehr zu einem Gegenstand innerpolitischer Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Die Garantieforderungen der Entente sind für die deutsche Bourgeoisie der Hebel, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft so weit herabzudrücken, als die Notwendigkeit der kapitalistischen Ausbeutung es verlangt. Die Steuerfrage wird durch das Steuerkompromiß im Sinne der Bourgeoisie gelöst. Gut unterrichtete Quellen wissen mitzuteilen, daß die Regierung bereits beschlossen habe, die Lebensmittelzuschüsse abzubauen, daß es sich hier nur noch um die Frage, binnen welcher Zeit das geschehen soll, handelt. Ebenso soll Balancierung des Systems der öffentlichen Betriebe durchgeführt, d. h. unter falscher Flagge so etwas wie Stinnesierung der Eisenbahn verwirklicht werden. Die Stinnesleute brauchen jetzt nicht mehr auf Rücksichten des außenpolitischen Prestiges achtzugeben. Die Regierung Wirth macht ihre Innenpolitik. Diese arbeiterfeindliche Innenpolitik ist die Voraussetzung für eine imperialistische Außenpolitik, wie sie Stinnes plant, falls diese überhaupt möglich ist.

Die Bahn für die große Koalition ist jetzt frei. Die Gefahr einer Stinnesierung ist größer denn je. Freilich wollen die Volksparteiler so lange die Rolle des „Kunstitators", des Zögerers so lange weiter spielen, bis Zentrum und Sozialdemokratie mit ihrem Handel fertig sind. So führt die Lösung der Steuerfrage im Sinne der Bourgeoisie zu einer ebensolchen Lösung der politischen Machtfrage.

Die Entscheidung steht vor der Tür. Dem Proletariat drohen die größten Gefahren. Steuerkompromiß und große Koalition, Abwälzung aller Lasten und Stinnesregierung, Gerichtsvollzieher und Büttel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0001

Die Führer der SPD. und auch der USP. machen Miene, umzufallen. Die Willenskundgebungen der proletarischen Masse mag ihnen zeigen, daß die Arbeiterschaft bis zum letzten Mann gewillt ist, für die Forderung der Gewerkschaften einzustehen, daß sie gewillt ist, alle Wege und Mittel des Kampfes zu erproben, um die Erfassung der Sachwerte durchzuführen. Es kann keine Hindernisse und keine Rücksichten geben, hinter denen die Interessen des Kampfes zurücstehen müßten. Die Regierung Wirth bindet sich an das Steuerkompromiß? Dann muß ihr die Unterstützung entzogen werden, dann muß der ehrliche Versuch gemacht werden, eine Arbeiterregierung zu bilden: die USP. mag beweisen, wer in der Auslegung der Beschlüsse des Leipziger Parteitages recht hat: die sozialdemokratischen Führer oder die unabhängigen Arbeiter.

Die Entscheidung steht vor der Tür. Die Massen der Arbeiter müssen dafür sorgen, daß diese Entscheidung klar und scharf gefällt wird im Sinne der Arbeiterschaft.

Ueberall in Betrieben und Gewerkschaften müssen die Arbeiter zu dem bevorstehenden Steuerkompromiß Stellung nehmen. Die dröhnende Stimme der Millionen mag ein Warnungszeichen für die Führer sein.

Sozialdemokraten gegen das Steuerkompromiß

Zu den Nachrichten über das bevorstehende Steuerkompromiß und zu der Stellungnahme, die der „Vorwärts" dazu eingenommen hat, schreibt die sozialdemokratische „Frankfurter Volksstimme":

„Wir hoffen noch immer, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von den Forderungen der Gewerkschaften nichts ablassen wird, namentlich nicht von der Forderung, daß der vierte Teil des Betriebskapitals dem Reich zufallen muß. Wir nehmen auch an, daß der „Vorwärts" das in seinem Dementi hat sagen wollen. Wir bedauern aber, daß der „Vorwärts" sich nicht einer eindeutigen Ausdrucksweise bediente, um alle Kompromißgerüchte zum Schweigen zu bringen.

Der „Vorwärts" sagt zunächst, die Sozialdemokratie habe nichts von ihrem „grundsätzlichen" Standpunkt aufgegeben. Das Wort „grundsätzlichen" ist hier sehr überflüssig, wenn gesagt werden soll, daß unsere Partei ohne Erfüllung der Forderungen der Gewerkschaften keine indirekte Steuer bewilligen wird. Es läßt sich denken, daß jemand an seinem Grundsatz festhält, in der Anwendung aber vom Prinzip abgeht.

Die Forderungen der Gewerkschaften bestehen nicht nur in einer Erweiterung des Finanzplanes unter starker Heranziehung des Besitzes". Darunter können Zeichendeuter, wie eben wieder auf dem Parteitag des Zentrums, die Erhöhung der laufenden Besitzsteuern verstehen.

Es ist notwendig, daß jetzt eine die Massen zu den kommenden Wahlkämpfen aufreizende Agitation beginnt, die auch im letzten Arbeiter, im letzten Angestellten, im letzten Beamten, im letzten Bauern, im letzten Handwerker den Willen wachruft: Keinen Pfennig Mehrbelastung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums, ohne daß die Großindustriellen und Großgrundbesitzer den vierten Teil ihres Betriebsvermögens und ihres Grundbesitzes hergeben müssen!

Die Organisation dieses sehr zeitgemäßen Klassenkampfes muß sofort beginnen. Sie setzt voraus, daß die Sozialdemokratie die unvermeidliche neue Belastung der breiten Massen nur unter der Bedingung bewilligt, daß der vierte Teil des Betriebsvermögens der Großbetriebe in das Eigentum des Reiches übergeht."

Obgleich die Stellungnahme der „Volksstimme" insofern recht unklar ist, als sie unter gewissen Umständen eine Mehrbelastung des Arbeitseinkommens zulassen will, drückt sie doch den unzweideutigen Willen der sozialdemokratischen Arbeitermassen aus, vor allem die Erfassung der Sachwerte durchzuführen und in dieser Hinsicht keinen Deut von den Forderungen der Gewerkschaften abzulassen.

Dieser Wille muß durchgesetzt, das Steuerkompromiß verhindert werden.

Die Münchener Rechtssozialisten gegen das Steuerkompromiß

In einer Funktionärversammlung des Münchener rechtssozialistischen Vereins wurde einstimmig folgender Entschluß gefaßt: Die Versammlung der Funktionäre richtet an die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages das Ersuchen, einen Eingriff in die Vermögensrechte mit allem Nachdruck zu fördern und auf der weiteren Durchführung dieser Maßnahmen zu bestehen. Die Fraktion wird ersucht, sich von diesem Wege nicht durch den Ersatz einer nicht genügenden Vermögenssteuer ablenken zu lassen und in dieser Frage kein Kompromiß zu schließen.

Angriff auf ganzer Linie

Neue Brotpreiserhöhung wird angedroht! Die Kartoffelpreise kletterten kürzlich nach oben! Die Steuerschraube wird mächtig angezogen! Die Industrie- und Agrarkapitalisten drängen auf Erhöhung der Arbeitszeit! Nicht genug damit! Im Zusammenhang der Erhöhung der Brotpreise setzen die Agrarkapitalisten mit einer Kampagne für völlige Wucherfreiheit ein. Die „Deutsche Tageszeitung" vom 15. Januar 1922 schreibt:

„Erhält doch der Landwirt manchmal nur den vierten Teil des Preises für Umlagegetreide, als der Marktpreis ist und muß dazu für die Kleie aus seinem Umlagegetreide mehr bezahlen als er selber für das Umlagegetreide erhält. Das ist selbstverständlich ein unhaltbarer Zustand. Nur durch völlige Freigabe des Verkehrs im Getreide, was auch für den Verbraucher letzten Endes das Zweckmäßigste ist, wird dadurch allein die Produktionssteigerung ohne jegliche Hindernisse sich vollziehen kann, können Preise und Produktionskosten in eine richtige Relation kommen. Unter allen Umständen muß nach Ablauf dieses Erntejahres auch der Rest der Zwangswirtschaft: Die Umlage fallen."

Es braucht kaum betont zu werden, daß der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Hermes, den Wünschen der Großagrarier Rechnung zu tragen weitgehend geneigt ist. Seine bisherigen „Taten" sprechen dafür im größten Maße. Desto mehr muß das Proletariat zum Abwehrkampf, zum Kampf gegen seine Verelendung die Reihen schließen und entschlossen auf den Plan treten. Es darf nicht länger mehr gezögert werden.

Der angekündigten 75 prozentigen Brotpreiserhöhung, dem Drängen der Junker und Großgrundbesitzer nach völliger Wucherfreiheit muß der Kampf des Proletariats um Beschlagnahme der Getreidemengen auf den Großgrundbesitzen entgegengestellt werden. Damit ist es auch möglich, die unter dem heutigen Umlageverfahren leidenden Kleinbauern von der Umlage zu befreien. Kampf, nicht Burgfrieden erfordert die Situation von der gesamten werktätigen Masse.

Aussperrung in der Holzindustrie

Stuttgart, 19. Januar. Die Verhandlungen in der Holzindustrie über eine von den Arbeitern geforderte 50prozentige Lohnerhöhung sind endgültig gescheitert. Die Arbeitgeberverbände Württembergs und Badens haben wegen des ausgebrochenen wilden Streiks die Aussperrung über sämtliche Betriebe verhängt.

Trotzki über die internationale Lage

OE. Riga, 19. Januar.

Im Großen Staatstheater in Moskau fand eine feierliche Sitzung der Sowjets der Moskauer Truppenverbände anläßlich der Fahnenübergabe an verschiedene Truppenteile statt. Auf der Versammlung, der auch die in Moskau weilenden diplomatischen Vertreter beiwohnten, hielt Trotzki eine große Rede über die internationale Lage: Der Schwerpunkt der Welt habe sich von Paris nach London, alsdann nach Washington verschoben, und jetzt scheine es, daß er nach Genua verlegt werden solle, wo Sowjetrußland tatsächlich vertreten sein werde. Es habe sich erwiesen, daß das Gleichgewicht Rußlands fester begründet ist, als das der anderen Regierungen. Es gebe jetzt nur zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Bemühungen Frankreichs um einen weiteren diplomatischen Erfolg enden, mit einem Fiasko, oder aber der politische Kurs in Frankreich ändert sich und der Gedanke einer Intervention in Rußland lebt wieder auf. Letzteres wäre eine Lösung, die zwar niemand in Sowjetrußland wünsche, die jedoch ebenso möglich sei wie die erstere. Die künftige Lösung verursache zwar eine gewisse Beunruhigung in Sowjetrußland, aber noch größere Unruhe herrsche in Rumänien, Polen und Finnland, welches mit Rußland wegen Karelien im Kriege liegt. Finnland habe sich um Hilfe an den Völkerbund gewandt, aber der Völkerbund sei nur ein Schatten der Faust des Obersten Rates. Des weiteren sprach Trotzki von den Bedürfnissen der Roten Armee, die ein Werkzeug der Sowjetpolitik bleiben müsse.

Laut Moskauer Meldungen sind der ehemalige Sowjetvertreter in Berlin Joffe und der Vorsitzende des Ukrainischen Rates der Volkskommissare Rakowski zu Vertretern der RSFSR. auf der internationalen Konferenz in Genua ausersehen. Der Vorsitzende der Sowjetdelegation ist noch nicht ernannt.

WTB. London, 19. Januar.

Trotzki erklärte in einer Unterredung mit dem Moskauer Sonderberichterstatter der „Daily Herald", die Sowjetregierung hoffe auf einen Erfolg der Konferenz in Genua, ob sich Frankreich an ihr beteilige oder nicht. Die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Welt sei nur durch lange, scharfe Arbeit und durch Zusammenwirken aller Völker zu lösen. Wenn Amerika abseits stehe, so müsse die Konferenz allerdings mit einem Mißerfolg enden. Ueber die Stellung Rußlands auf der Konferenz gegenüber der Frage der Reparationen und der Abänderung des Versailler Vertrages befragt, erklärte Trotzki, die Reparationen und der Versailler Vertrag seien nichts als Wucherforderungen. Die Einladung nach Genua sei an sich bereits eine Revision des Versailler Vertrages. Trotzki sagte weiter, der Völkerbund sei der Schatten eines Schattenn.

Die russische Presse über den Rücktritt Briands

Moskau, 18. Januar. Anläßlich des Rücktritts Briands schreibt die „Prawda": „Der Rücktritt Briands der durch den kategorischen Protest des nationalen Blockes im französischen Parlamente, der 230 Abgeordnete zählt, gegen das vom französischen Premierminister mit England in Cannes getroffene Uebereinkommen hervorgerufen wurde, ist eines der wichtigsten Ereignisse der internationalen Politik, die in der letzten Zeit vorgefallen sind. Dieser Rücktritt gestattet geradezu von einem Zerfall der Entente mit allen daraus resultierenden Folgen zu sprechen. Die Gründe ursachen des Geschehens sind in den Interessengegensätzen zwischen Frankreich und England in einer ganzen Reihe von Fragen von allererster Wichtigkeit zu suchen. Dieser Interessengegensatz läßt sich durch keine diplomatischen Machenschaften mehr beseitigen. Die Interessen der französischen Imperialisten stehen in einem unversöhnbaren Gegensatze zu den Interessen der englischen Kapitalisten. Und zwar in folgenden Fragen: 1. Frankreich macht das ganze Territorium Mitteleuropas, Polens, den Balkan und die Türkei zu seiner Interessensphäre und schließt besonders mit der Türkei ein Uebereinkommen, das gegen England gerichtet ist. 2. Ist Frankreich bestrebt, Deutschland völlig auszurauben und benützt die deutschen Kontributionen, um seine Armee und Flotte auszubauen. Deutschland ist seiner Flotte beraubt, folglich sind die Seerüstungen Frankreichs nur gegen England gerichtet. 3. Ist Frankreich nicht gewillt, vom linken Rheinufer wegzugehen. 4. Frankreich will Sowjet-Rußland nicht zu den englischen Bedingungen anerkennen. Es hofft, Rußland zu seiner Kolonie zu machen. In allen diesen Punkten hat England seine Gegeninteressen. Die Konferenz von Cannes beschloß, zum 8. März eine internationale Konferenz in Genua einzuberufen. England will an dieser Konferenz teilnehmen, selbst wenn Frankreich sich weigern sollte. Den französischen Imperialisten bleiben zwei Dinge offen: Entweder nach Genua zu gehen und sich dort zu bemühen, das Maximum von Zugeständnissen für sich herauszuschlagen oder aber isoliert dazustehen und alle aus dieser Isolierung entstehenden Folgen auf sich zu nehmen. Womit all dies enden wird, ist schwer vorauszusagen. Eines ist aber schon unzweifelhaft: Sowjet-Rußland kann leichter atmen."

Die „Jwestija" schreiben folgendes:

„Vom Standpunkt der Interessen Sowjet-Rußlands wäre der Ersatz Briands durch Poincaré, Ribot oder ähnliche ein Minus, wenn auch nur für die erste Zeit. Im Endresultate wäre es ein Plus, da der Sieg der äußersten Imperialisten unvermeidlich zu einem Zerwürfnisse zwischen England und Frankreich führen würde und die Isolierung des französischen Imperialismus zur Folge hätte, der jetzt der reaktionärste Faktor Europas ist. Es ist im äußersten Grade charakteristisch, wie sehr sich der Ton der englischen Presse gegenüber Frankreich geändert hat. Besonders ist hier eine solche Verteidigerin der französischen Imperialisten wie die „Times" zu nennen.

Jetzt erklärt diese Presse einstimmig, daß der französische Militarismus den Frieden bedroht. Sie warnt die Pariser Hetzer, daß sie den geeignetsten Moment versäumen, um mit England ein Uebereinkommen zu treffen und die von ihnen gewünschten Garantien zu erhalten. Ja, die englische Presse droht den französischen Chauvinisten geradezu, daß, falls sie ihren Widerstand gegen ein Uebereinkommen mit Rußland fortsetzen, England, Italien und die anderen Staaten auch ohne Frankreich fertig werden."

Wer hat in Cannes gesiegt?

Die Entscheidung in der Reparationsfrage fiel in Cannes so aus, daß Deutschland für das kommende halbe Jahr Monat um Monat je 93 Millionen Goldmark zu zahlen hat, also für das kommende Halbjahr allein an Barzahlungen bedeutend mehr, als 1921 überhaupt. Es sind auch schon für jeden Proletarier die Folgen dieser Entscheidung recht deutlich vor Augen gemalt worden: Verdoppelung des Brotpreises und Verdoppelung der Steuern.

Immerhin fühlen fast sämtliche Parteien Deutschlands sich bereitigt, zu sagen, nicht nur die Entscheidung von Cannes sei ein Erfolg, nein, es sei gerade ihr Erfolg. Die „Freiheit" erklärte: „Unsere USP.-Politik hat zum Erfolg geführt", ähnlich der „Vorwärts", und vorgestern nachmittags zählte Reichskanzler Dr. Wirth dem „Industrie- und Handelsblatt" die Entscheidung von Cannes als den größten Erfolg seiner Politik auf.

Die „Zeit", Organ der Deutschen Volkspartei, ist jedoch darauf neidisch. In ihrer Nummer vom 19. Januar abends stellt sie fest,

„daß diejenige Darlegung, die in außerordentlich wirkungsvoller Weise Herr Dr. Rathenau in Cannes vorgetragen hat, Darlegungen darstellen, die bereits im Sommer des verflossenen Jahres von denjenigen vertreten waren, die sich der Erfüllungspolitik der Wirthschen Politik nicht anschließen konnten".

Diese Worte schreibt der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo und führt dann in einem Leitaufsatz aus, daß Rathenaus Politik von Cannes ganz die der Deutschen Volkspartei gewesen sei.

Nach allen vorliegenden deutschen Presseäußerungen zu urteilen, hat in Cannes nicht etwa das Ententekapital, sondern die Politik sämtlicher deutschen Parteien, von der USP. bis zur Deutschen Volkspartei, gesiegt. Die deutschen Arbeiter werden sich also die Feststellungen für diejenigen Tage merken, wo man versucht, alle Lasten, die aus der Entscheidung von Cannes entspringen, ihnen allein zu überlassen.

Poincaré fordert . . .

In der ministeriellen Erklärung, die Poincaré am gestrigen Donnerstag in der Kammer verlas, fordert er kurz folgendes:

1. Deutschland muß zahlen. Und Poincaré sucht zu begründen, daß Deutschland zahlen kann, indem er auf die riesenhaften Gewinne der deutschen Kapitalisten, auf die Kapitalverschiebungen nach dem Ausland und auf die Unternehmungen von Stinnes hinweist.

2. Poincaré fordert die unbedingte Einhaltung des Versailler Vertrages auch in der Frage der Abrüstung, d. h. der Entwaffnung Deutschlands und in der Frage der Verurteilung der Kriegsverbrecher. Er fordert das Recht Frankreichs auf „Pfänder und Garantien", d. h. auf Sanktionen.

3. Was den Garantievertrag mit England anbetrifft, fordert Poincaré ein Abkommen auf der Grundlage der vollständigen Gleichberechtigung, d. h. einen Vertrag, der Frankreich die volle Handlungsfreiheit sichert. Im Orient soll die Stellung Frankreichs dieselbe bleiben, das Angora-Abkommen soll aufrecht erhalten werden.

4. Von der Konferenz in Genua verlangt Poincaré, daß sie den Versailler Vertrag nicht antastet und daß Sowjet-Rußland die sechs Bedingungen von Cannes im voraus anerkennt.

Poincarés Programm bedeutet, daß Frankreich die imperialistische Machtstellung, die es durch den Versailler Vertrag auf dem Kontinent erworben hat, mit allen Mitteln zu erhalten sucht. Wenn Poincaré sämtliche Streitfragen zwischen Frankreich und England aufwirft, so folgt er nur der Methode Lloyd Georges, um gleich diesem in jenem Punkt den Erfolg zu erzielen, auf den es am meisten ankommt, und das ist für die französische Bourgeoisie die Frage der deutschen Reparationszahlungen. Die Stellung der Regierung Poincarés zu Sowjet-Rußland wird diktiert von dem Bestreben, Rußland nicht zur ausschließlichen Einflußsphäre Englands werden zu lassen, weil das das Ende der Beherrschung des europäischen Kontinents durch Frankreich bedeuten würde.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Kompromiß zwischen der Regierung Poincaré und England die Verpflichtung Deutschlands zur Zahlung der Reparation nochmals bekräftigen wird. So zwingt auch die außenpolitische Lage die deutsche Arbeiterschaft, alle ihre Kraft im Steuerkampf aufzubieten, um die Abwälzung der Reparationslasten auf ihre Schultern zu verhindern.

Der Kampf gegen Poincaré

Paris, 20. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) In der französischen Kammer kam es gestern zu stürmischen Auftritten. Der Genosse Marcel Cachin deckte in einer von den bürgerlichen häufig unterbrochenen Rede die verbrecherischen Kriegstreibereien Poincarés auf, ohne daß dieser imstande war, die Angriffe zu widerlegen. Cachin wurde mehrere Male zur Ordnung gerufen. Schließlich sprach die Kammer Poincaré das Vertrauen gegen die Stimmen der radikalen Sozialdemokraten und Kommunisten aus.

Marcel Cachin sprach von der Konferenz von Genua. Frankreich werde hingehen und dort Sowjet-Rußland antreffen. Die Vertreter Rußlands werden mit am Konferenztisch sitzen und mit den andern Völkern auf dem Fuße der Gleichheit diskutieren.

Frankreich werde nicht imstande sein, lange Zeit ein Heer und eine Marine zu unterhalten, die seine Kräfte übersteigen. Poincarés Rückkehr zur Regierung habe große Erregung im Lande hervorgerufen. Cachin erinnert an die Politik, die Poincaré im Jahre 1914 getrieben habe und an die Briefe, die Jswolski an Sasonow gerichtet habe. Ministerpräsident Poincaré erwidert: Ich setze diesen Briefen das formellste Dementi entgegen. Ich habe sie niemals gesehen, sie existieren nicht. Abg. Cachin erwidert: Wenden sie sich an Jswolski! Ministerpräsident Poincaré erklärt: Ich bedaure, daß auf der Kammertribüne Behauptungen aufgestellt werden, die nicht mehr dementiert werden können.

Diese Briefe existieren nicht und wenn sie existieren, dann sind sie falsch. Uebrigens wird die Kammer bald ein Gelbbuch über alle Ereignisse auf dem Balkan erhalten.

Abg. Cachin fährt fort: Wir glauben an Gelbbücher nicht mehr. Poincaré erwidert: Ich autorisiere Sie, selbst die Depeschen durchzustudieren, die sich am Quai d'Orsay befinden. Cachin beendet seine Rede mit der Erklärung, Das Proletariat sei gegen jede Politik, die wieder zum Kriege führen könne.

Gute Zeiten für Mörder

Haftentlassung des Leutnants Krull

WTB. meldet: Den Blättern zufolge ist Leutnant a. D. Krull, der wegen Beteiligung an der Ermordung Rosa Luxemburgs in Haft genommen war, aus der Haft entlassen worden. Die Voruntersuchung gegen ihn ist abgeschlossen. Die Akten liegen jetzt der Staatsanwaltschaft zur Entscheidung vor, ob Anklage gegen ihn erhoben werden soll. Krull hatte sich dadurch verdächtig gemacht, daß er eine der Frau Luxemburg gehörige Uhr einem Kameraden geschenkt hatte.

Politische Nachrichten

Neue Verhaftungen

Am 17. Januar 1922 wurde in Hamburg der Genosse Friedrich August Fischer in seiner Wohnung verhaftet. Der Grund: „Politisches Vergehen". Die Hamburger Arbeiterschaft wird endlich in den Betrieben und Gewerkschaften zu den unerhörten Polizei- und Justizverhältnissen Stellung nehmen müssen.

Aus Lipinskis Reich

In der Amtshauptmannschaft in Bautzen (Sachsen) sollte die Amtshauptmannsstelle durch einen Arbeitervertreter besetzt werden. Da aber die SPD. Angst hatte, ihr könne dadurch ein Posten verloren gehen, begann sie eine wüste Hetze. Da griff der unabhängige Minister Lipinski ein. Hat er die Ernennung des Arbeitervertreters durchgesetzt? Ach nein! Ein Regierungsrat, ein Bureaukrat wurde zum Amtshauptmann ernannt. In dieser Weise setzt Lipinski die „Demokratisierung der Beamtenschaft" durch.

80 000 Arbeiter in Dänemark ausgesperrt

Kopenhagen 20. Januar. Der dänische Arbeitgeberverein spricht in einem Schreiben an die Vereinigten Gewerkschaften Dänemarks die Aussperrung der Arbeiter aus, deren Verträge zum 1. Februar ablaufen. Die Aussperrung betrifft etwa 80 000 Arbeiter. In Betracht kommen u. a. das Baufach, die Holzindustrie, Ziegelei und Spielwaren.

Aus der Partei

Fritz Geyer ausgetreten

Genosse Fritz Geyer hat gestern seinen Austritt aus der kommunistischen Reichstagsfraktion mitgeteilt.

Fritz Geyer gibt damit zu erkennen, daß ihn nichts mehr an die Partei bindet. Er meldet seinen Austritt, noch bevor der Unterausschuß sein Urteil gesprochen. Wir müssen gestehen, daß uns diese Stellungnahme ehrlicher erscheint als die vieler anderer, die schon längst ihre Verbindung mit der Partei gelöst haben, und innerhalb unserer Reihen nur deswegen noch bleiben, um die Partei zu sprengen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0002

Regierungsschweigen – Reichstagsgemurmel

Reichstagssitzung vom 19. Januar 1922.

Obwohl gestern gerade ein Monat vergangen war, seitdem der Reichstag sich vertagt hatte, obwohl in der Zwischenzeit sich gewaltige politische Ereignisse, die die Existenz Deutschlands aufs tiefste berühren, abgespielt haben, zeigte die deutsche „Demokratie" noch keinerlei Bedürfnis, ihre dunklen Pläne und Attentate auf die breiten werktätigen Massen bekanntzugeben. Hier zeigte sich in aller Klarheit und Eindeutigkeit das wirkliche Wesen der bürgerlichen Demokratie. Kuhhandeln und Techtelmechteln hinter den Kulissen, Verabreden der wirksamsten Angriffsmethoden auf die breiten Volksmassen in aller Stille und Heimlichkeit, um dann das sogenannte souveräne Volk im Eilzugstempo zu überfallen und nach allen Regeln der Kunst zu knebeln und auszubeuten.

Die Regierung Wirth hat immer noch keinerlei Bedürfnis, dem Volke von ihrer Dunkeltammerpolitik, die weit schlimmer ist als jemals vor dem Kriege, irgendwie Kenntnis zu geben. Sie hält sich nach wie vor in Schweigen. Und die neuzeitlichen Patentdemokraten aller Richtungen, einschließlich der Rechtssozialisten helfen dabei wacker mit. Und auch das hat seine guten Gründe. Der Kuhhandel über den geplanten Steuerraub am Volke ist noch nicht perfekt. Sozialdemokraten und Bürgertum haben noch nicht die erlösende Formel gefunden, unter deren Wortgedröhn man den breiten Massen den neuen Umfall in der Frage der Erfassung der Sachwerte plausibel machen kann. Und weil dem so ist, wird auch der Reichstag so beschäftigt, wie er es haben will und wie er es verdient. Konnte man die Tagesordnung der ersten Sitzung, die ebenso karg wie inhaltslos war, auf Grund der vergangenen Ferien noch gelten lassen, so zeigen jedoch die Absichten der bürgerlichen Parteien einschließlich Rechtssozialisten, daß sie dasselbe Spiel des konsequenten Nichtsagens noch länger fortsetzen wollen. Auch die nächsten Tage dieser Woche sollen mit denselben parlamentarischen Lappalien und Kinkerlitzchen wie die Donnerstagsitzung ausgefüllt werden. Und um dieses „hehre" Ziel erreichen zu können, hält man es nicht einmal mehr für nötig, den Aeltestenausschuß zu betragen. Erst am Sonnabend soll diesem die hohe Ehre zuteil werden. Dort will man endlich ausknobeln, ob und wann die Regierung Wirth allergnädigst geruhen wird, dem Volke endlich Klarheit — oder was Revolutionsdemokraten so nennen — über ihre Pläne und Absichten zu geben. Den Reiz der Neuheit im „demokratischen" Gebaren dieser Regierung dürfte ferner noch die Tatsache haben, daß die am Ruder befindlichen Kleinbürger nunmehr auch den Auswärtigen Ausschuß, dessen Sitzungen verfassungsgemäß nicht öffentlich sind, zum Zwecke des parlamentarischen Kuhhandelns herabzuwürdigen im Begriffe sind. Dieser wird sich am heutigen Freitag versammeln, um unter dem Vorwand der Besprechung der äußeren Lage, den Kuhhandel über den Steuerraub am Proletariat hinter dem Rücken der Oeffentlichkeit zum Abschluß zu bringen. Weiter wird beabsichtigt, dem Reichstag bis Ostern zusammenzuhalten. Er soll bis dahin neben den Steuergesetzen und sonstigen staats- und verwaltungsrechtlichem Kleinkram den Etat des kommenden Jahres erledigen.

* * *

Der Reichstag leitete seine Verhandlungen im neuen Jahre mit zwei Interpellationen ein: die erste, von sämtlichen bürgerlichen Parteien eingebracht, betrifft die Futtermittelversorgung, die zweite, die die Deutschnationalen zu Urhebern hat, fordert von der Regierung Einschreiten gegen den Wagenmangel bei der Eisenbahn. Die Regierung erklärte sich zu ihrer Beantwortung in der geschäftsordnungsmäßigen Frist bereit. Ein Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Aufgebotverfahrens wurde debattelos dem Rechtsausschuß überwiesen. Ebenso die Regierungsvorlage über die Errichtung einer Reichsausführungsbehörde für Unfallversicherung der in den Reichsbetrieben Beschäftigten dem Haushaltsausschuß. Eine weitere Regierungsvorlage will den zur Auswahl für Schöffen und Geschworene berufenen Vertrauensmännern dieselbe Entschädigung, wie den Laienrichter selbst gewähren. Auf eine kritische Bemerkung des Abgeordneten Rosenfeld (USP.) erklärte der Reichsjustizminister Dr. Radbruch, daß er unbedingt für eine stärkere Beteiligung der unteren Besoldungsgruppen bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen sei. Dadurch müßten deren Bezüge erheblich erhöht werden. Ebenso müsse das Verfahren bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen gründlich geändert werden. Die Regierung werde demnächst entsprechende Vorlagen einbringen. Hierauf wurde das Gesetz in allen drei Lesungen angenommen.

Die Finanznot der Gemeinden.

Hieran schloß sich die Besprechung der Interpellation der Demokraten über die Finanznot der deutschen Gemeinden. Abg. Külz (Dem.) begründete sie. Die Finanznot der Gemeinden sei eine Folge der Maßnahmen des Reiches, dem hieraus die Pflicht erwachse, Abhilfe zu schaffen. Ohne diese Hilfe müsse der Steuerdruck in vielen Gemeinden bis zur Unerträglichkeit anwachsen. Die Demokraten lehnen eine Finanzkontrolle des Reiches über die Gemeinden ab. Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes verweist auf die dem Reichsrat bereits zur Beschlußfassung vorliegende Novelle zum Landessteuergesetz. Der Reichstag möge nur schnell die Steuergesetze verabschieden, dann werde das Reich auch den Gemeinden Hilfe bringen können. Es habe bisher bereits Vorschüsse in der Höhe von 5 Milliarden an die Gemeinden geleistet. Eine Prüfung der Gemeindeausgaben durch das Reich liege durchaus im Rahmen der Verfassung. Die Reichsregierung müsse die Bewilligung weiterer Vorschüsse von der Durchführung des Besoldungssperrgesetzes abhängig machen. Der Rechtssozialist Heymann brachte auch seinerseits eine Anzahl Belege über die Finanznot der Gemeinden. Er klagte darüber, daß ihnen das Reich immer mehr Lasten aufbürde, gleichzeitig aber immer neue Einnahmequellen raube. Die Gebühren für Gas, Wasser, Elektrizität arteten immer mehr zu drückenden indirekten Steuern aus. Den Gemeinden müßten unbedingt neue Steuerquellen erschlossen werden.

Genau denselben Faden spann der Zentrumsmann Herschel, der berüchtigte Deutschnationale Berliner Stadtrat Dr. Berndt und der ewig lächelnde Oberbürgermeister von Charlottenburg, Dr. Scholz. Merkwürdigerweise stimmten alle Redner in der Anerkennung der Notwendigkeit, den Gemeinden finanzielle Hilfe zu bringen, überein. Ebenso verteidigten sie sämtlich energisch das sogenannten Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde gegen Eingriffe des Reiches: Die „Demokratie" hat also auch bei den Deutschnationalen ihren Siegeslauf angetreten.

Hierauf vertagte sich das Haus auf Freitagnachmittag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben der ersten Lesung des Arbeitsnachweisgesetzes und einigen anderen Vorlagen die Fortsetzung der heutigen Debatte über die Finanznot der Gemeinden. Den Standpunkt der Kommunisten wird Genosse Heydemann zum Ausdruck bringen.

Die Bewegung der sächsischen Eisenbahner

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirksleitung Sachsen, schreibt: Aus allen Ortsgruppen unseres Bezirks erhalten wir die Nachricht, daß die Mitglieder — Beamte wie Arbeiter — die von der Regierung bewilligten Zulagen als völlig ungenügend ablehnen. Sie fordern den Verbandsvorstand auf, der Regierung gegenüber das unzureichende Ergebnis der Verhandlungen abzulehnen und, falls eine Einigung nicht möglich ist, die Arbeitsniederlegung anzuordnen.

Aus dem uns von den Ortsgruppen übermittelten Material für die Verhandlungen über die Ueberteuerungszuschläge geht hervor, daß die Eisenbahnarbeiter unter Zugrundelegung ihrer neuen Löhne in der übergroßen Zahl der Orte immer noch 4—5 Mark an Stundenlohn weniger als wie die Privatarbeiter erhalten. Ebenso erreichen die Beamten der mittleren Besoldungsgruppen nur in sehr wenigen Fällen einen gleichen Gehalt wie die mit ihnen zu vergleichenden Privatbeamten. Die von der Regierung zugesagten Ueberteuerungszuschläge können bei der Sachlage im hiesigen Bezirk nicht ausreichende Hilfe bringen. Die Stimmung der Mitglieder im Lande ist äußerst erregt und, falls die Regierung nicht sofort die Löhne und Gehälter im allgemeinen genügend aufbessert, so ist mit der Arbeitsniederlegung zu rechnen.

Ausland

Die italienischen Sozialisten für die Koalition mit dem Bürgertum

Aus Turin wird gemeldet: Noch auf ihrem letzten Parteitag in Mailand haben die Serrati-Leute feierlich versichert, daß sie niemals in eine Koalitionsregierung mit dem Bürgertum gehen würden. Aber sie haben ihre Schwüre nur zu schnell vergessen. Der Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes hatte kürzlich eine Sitzung, in der folgende unterbliche Resolution angenommen wurde: „Die Arbeiterbewegung muß sich jetzt entscheiden für die Evolution oder die Revolution. Untätig zwischen diesen beiden Möglichkeiten stehen zu bleiben, bedeutet den Untergang. Da die Revolution gescheitert ist, müssen wir uns für die Evolution entscheiden. Dieselbe Notwendigkeit, die Lenin und die europäischen Regierungen zwingt, zum Wiederaufbau Europas zusammenzuarbeiten, gilt auch für die Sozialistische Partei Italiens." Serrati, der in der Sitzung des Gewerkschaftsbundes anwesend war, machte schüchterne Einwendungen und stimmte dann der Resolution zu. Während die Kommunisten Italiens alle Kraft einsetzen, um die Einheitsfront des Proletariats zustande zu bringen, bilden die Serrati-Sozialisten die Einheitsfront mit der Bourgeoisie.

Verhaftungen in Kalkutta. London, 9. Januar. In Kalkutta wurden gestern bei nationalen Kundgebungen 84 Personen von der Polizei verhaftet.

Sowjet-Rußland

Der Völkerbund und Sowjet-Rußland

Der Rat des Völkerbundes hat beschlossen, eine Vermittlung zwischen Rußland und Finnland in der karelischen Frage einzuleiten. Es soll ein Staat, der zugleich Mitglied des Völkerbundes ist und in diplomatischen Beziehungen zu Moskau steht, anfragen, wie sich die Sowjetregierung zu einer Untersuchung der Frage durch den Völkerbundsrat stellen würde. Es ist ein Zeichen der Zeit, wie höflich die Herren vom Völkerbund gegenüber Sowjet-Rußland geworden sind. Aber sie brauchen sich nicht zu bemühen, in Karelien gibt es nichts zu untersuchen; die dortigen Bauern und Arbeiter stehen fest zur Sowjetmacht und die aus Finnland eingedrungenen Weißen Banden sind bereits von der Roten Armee hinausbefördert worden.

Inzwischen ist, wie aus Helsingfors gemeldet wird, bei der finnischen Regierung eine neue Note der Sowjetregierung eingelaufen. Die Note fordert die Ausweisung der russischen Weißgardisten aus Finnland, die Ueberwachung der in Finnland internierten weißgardistischen Karelier durch eine gemischte Schiedskommission, ferner die Deckung der durch den Aufstand in Karelien verursachten Schäden und der Kosten für die russische militärische Aktion durch Finnland. Die Sowjetregierung ist also entschlossen, sich die Intrigen der finnischen Verschwörer nicht gefallen zu lassen. Die finnische Regierung soll gezwungen werden, nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat von den gegenrevolutionären Banditen abzurücken.

Das hungernde Kaukasien

Kopenhagen, 20. Januar. Wie die Zeitungen mitteilen, befindet sich Kaukasien unter den Gebieten, die am meisten hungern müssen. Es herrschen so fürchterliche Verhältnisse, daß neun Zehntel der Bevölkerung vor dem Frühjahr verhungert sein werden, wenn nicht Hilfe kommt.

Wirtschaft

Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung der Welt

Levi findet bei oberflächlicher Betrachtung, daß die Produktivkräfte sich entwickeln. Er sieht nur die schnurrenden Rädchen in Deutschland, aber er übersieht, daß sie nur durch Valutakraft getrieben werden und daß die nächste Etappe gezeichnet sein wird durch ein Stillsetzen der schnurrenden Rädchen in Deutschland, damit mehr stillstehende Rädchen im Auslande wieder schnurren können. Nur ein Beispiel dafür, was bei der oberflächlichen Betrachtung der wirklichen Verhältnisse herauskommt, soll hier gegeben werden.

Deutschlands Produktion an Roheisen ergab 1913 rund 19 Millionen Tonnen, 1921 jedoch nur 7,5 Millionen Tonnen. Schon wird eingewendet, daß man nicht Vergleiche zwischen 1913 und 1921 ziehen dürfe, sondern ermitteln müsse, wie sich die Produktionsergebnisse von 1920 zu denen von 1921 verhalten; dann erst könne man feststellen, ob die kapitalistische Wirtschaft sich erhole oder nicht. Und dann kann die KVG. triumphierend konstatieren, daß die deutsche Rohsteinerzeugung von 6,5 Millionen Tonnen 1920 auf 7,5 Millionen 1921 gestiegen ist.

Damit ist allerdings noch keine Erweiterung der Produktivkräfte, wohl aber eine Steigerung der Erzeugung dargetan. Da jedoch zur Beurteilung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur die schnurrenden Rädchen in Deutschland gehören, mag eine Zusammenstellung der Weltproduktion an Roheisen gegeben werden. Sie betrug:

1913	76 694 000 Tonnen
1920	60 636 400 Tonnen
1921	35 960 000 Tonnen.

Diese Zahlen zeigen von 1920 auf 1921 einen Rückgang um 24¾ Millionen Tonnen, gleich 40 Prozent. Diesen Faktor werden die Oekonomiker in „Unser Weg" trotz aller ihrer Gründlichkeit nicht ganz übersehen können. Deutschland, Oesterreich und Luxemburg ausgenommen, sind alle Länder an dem Rückgang beteiligt.

Das gleiche Verhältnis wie beim Roheisen zeigt sich beim Rohstahl. Die Weltesterzeugung sank von 74,6 Millionen Tonnen 1913 auf 68,3 Millionen Tonnen 1920 und auf 14,7 Millionen Tonnen 1921, während sich in Deutschland die Erzeugung im letzten Jahre um 1 Million Tonnen auf 9 Millionen hob.

Diese Zahlen bestätigen wieder nur die Auffassung von der Tiefe der Weltkrise. Sie wird verschärft und ihre Ueberwindung wird gehemmt durch die Valutakonkurrenz Deutschlands, deren Höhepunkt die Scheinkonjunktur mit den steigenden Produktionsziffern die Ausnutzung des allgemeinen Rückgangs der gesellschaftlichen Produktivkräfte des deutschen Kapitals ist.

Enorm billig sind nach wie vor unsere Preise.

Unsere Qualitätswaren sind anerkannt **erstklassig**

Kleiderstoffe

Sportflanelle für Blusen . . Meter 22⁵⁰ 25⁰⁰ 27⁵⁰ usw.
Hausfleider-Stoffe Meter 29⁵⁰ 32⁰⁰ 35⁰⁰ usw.
Plaid-Karos 100 cm breit . Meter 37⁵⁰ 42⁵⁰ 45⁰⁰ usw.
Kostümstoffe 130/140 cm breit Meter 72⁰⁰ 75⁰⁰ 78⁰⁰ usw.
Popeline u. Serges r. Wolle 105 cm, Meter 72⁴⁰ 80⁰⁰ 97⁵⁰ usw.
Cheviots prima reine Wolle, 130/140 cm, Mtr. 83⁵⁰ 94⁵⁰ 96⁵⁰ usw.

Gardinen

Künstler-Gardinen 79⁰⁰ 95⁰⁰ 120⁰⁰ usw.
Stores aus Erstklass. Etamine o. engl. Tüll 75⁰⁰ 92⁰⁰ 115⁰⁰ usw.
Stückware Große Muster-Auswa., Mtr. 9⁷⁵ 12⁷⁵ 17⁷⁵ usw.
Gardinenspitzen Meter 4⁵⁰ 5⁷⁵ 7⁹⁰ usw.
Scheibengardinen Meter 5⁴⁰ 7⁵⁰ 8⁵⁰ usw.
Madras-Garnit. Garnitur 179⁰⁰ 200⁰⁰ 288⁰⁰ usw.

Baumwollwaren

Crosse-Barchente weiß . . . . Meter 19⁵⁰ 21⁵⁰ 24⁰⁰ usw.
Hemden-Barchente gestreift . . . Meter 15⁵⁰ 19⁵⁰ 21⁵⁰ usw.
Handtücher kräftige Ware Meter 8⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ usw.
Schürzenstoffe waschecht . . Meter 16⁵⁰ 18⁵⁰ 24⁵⁰ usw.
Hemdentuche Meter 17⁵⁰ 21⁵⁰ 24⁵⁰ usw.
Linon-Taschentücher weiß . . . Meter 4⁵⁰ 6⁷⁵ 7⁵⁰ usw.

Damen-Wäsche und -Schürzen

Damen-Hemden Stück 32⁷⁵ 39⁵⁰ 48⁵⁰ usw.
Kniebeinkleider Stück 32⁵⁰ 39⁵⁰ 48⁵⁰ usw.
Stickerei-Untertaillen Stück 15⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁵⁰ usw.
Weiße Tändelschürzen mit Stickerei . Stück 13⁵⁰ 16⁵⁰ 19⁵⁰ usw.
Blusenschürzen aus gutem Stoff Stück 32⁵⁰ 38⁵⁰ 45⁰⁰ usw.
Wiener Schürzen aus Cretonne Stück 33⁵⁰ 38⁵⁰ 48⁵⁰ usw.

Brautschleier mit und ohne Ecke Stück 33⁰⁰ 45⁰⁰ 56⁰⁰ usw.

Geschäftshaus **J. LEWIN**

Lackgürtel schwarz und farbig Stück 1⁷⁵ 2⁹⁵ 3⁶⁵ usw.

290

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0003

Unser Volksversorgungs-Verkauf

Das große Kauf-Ereignis.

298

Kleiderstoffe.

Blusenstreifen	mittelfarbig . . . . . Mtr.	11.90
Kleiderstoff	130 cm breit, schwarz-weiß-kariert, imit. Frotté Mtr.	39.50
Popeline	schöne Karos, in großem Farben-Sortiment, Mtr.	48.00
Cheviot	reine Wolle, 130 cm breit, schwarz . . . Mtr.	79.50
Blusenflanell	hervorragend gute Qualität, mittel und dunkel gestreift . . . . . Mtr.	56.00
Woll-Schotten	130 cm breit, schöne, schwere Qualität, für Kostüme und Kleider . . . . . Mtr.	72.50
Mantel-Flausch	reine Wolle, 130 cm breit, einfarbig und gestreift . . . . . Mtr.	98.00
Covercoat	ca. 150 cm breit, schwere, bauernhafte Qualität, für Herren-Paletots und Damen-Mäntel Mtr.	118.00

1 Posten **Kleiderstoffe** schwarz und gestr. f. Konfirmat.-Kleid. Mtr. **39.50**

Seiden-Serge ca. 45 cm breit, haltbare Ware, silbergrau Mtr. **35.00**

Wäsche

Damen-Hemden	aus guten Stoffen mit Langette . . .	29.75
Damen-Hemden	mit breiter Stickerei	39.75
Damen-Knie-Beinkleider	m. Stoff-Volant u. Langette	29.75
Damen-Nacht-Hemden	moderne Schlupf-Form, reich mit Hohlsaum verziert . . .	75.00
Untertailien	aus haltbarem Stoff, mit Hohlsaum-Langette	14.75
Stickerei-Unterrock	mit breitem Stickerei-Volant . .	49.75
Prinzess-Rock	reich mit Stickerei garniert	118.00

Etwas ganz Besonderes!

Hemden-Nessel ca. 80 cm breit Mtr **10.75** Hemden-Flanell weiß-blauer Streif. Mtr **14.75**

Baumwollwaren.

Handtücher	weiß, Gerstenkorn . . . . . Meter 12,50	9.75
Kleiderbarchent	schöne Muster . . . . . Meter	11.75
Hemdentuch	gute Gebrauchsqualität . . . Meter 19,50	17.50
Linon	kräftige Wäschequalität, Deckbettbreite . Meter 38,50	19.50
Köperbarchent	Kissenbreite . . . . . Meter	19.50
	weiß, kräftige Wäschequalität, ca. 80 breit Meter 24,00	19.50
Schürzen-Siamosen	kräftige, haltbare Qualität Meter	24.50
Bettdamast	schöne Blumenmuster, Deckbettbreite, Mtr. 48,00 Kissenbreite . . . . . Meter	29.50
Stangenleinen	gute, süddeutsche Ware, Deckbettbreite Meter 58,50, Kissenbreite . . Meter	36.50

Crepe de Chine ca. 100 cm breit, Meter **79.00**

Schantung-Seide 80 cm breit, gute Qualität . . . Meter **69.00**

Kleiderseide ca. 85 cm breit, in vielen Farben, gute, haltbare Qualit., Meter **135.00**

Korsetts

Damen-Korsetts	lange Form, guter Stoff, m. Lang. 38.00	29.75
Damen-Korsetts	aus Drell, mit Spiralfed. 69,50	59.00
Damen-Korsetts	bequeme Form m. Spiralfed. seitlich Gummi, zum Knöpfen	72.00
Reform-Korsetts	a. Drell, ob. Stäbe, auf Schnüren gearbeitet 59,00	47.00

Schürzen

Blusen-Schürzen	a. einfarb. u. gestreiften Stoffen	29.75
Blusen-Schürzen	a. gutem gestreift. Gingham . . .	32.50
Wiener Schürzen	a. dunkeln Stoff.	24.75
Weiße Tee-Schürzen	reich mit Stickerei garn.	15.75

Lederwaren

Geldschein-Taschen	16,50 15,50	11.50
Geldschein-Taschen	echt Leder, 85,00 69,00	35.00
Damen-Handtaschen	echt Leder 65,00	55.00
Damen-Handtaschen	große Form, echt Leder 185,00	125.00

Strümpfe

Damen-Strümpfe	mit kleinen Webfehlern . Paar	5.75
Damen-Strümpfe	Musselin u. Flor, m. kl. Webfehl., Paar	9.75
Damen-Strümpfe	m. verst. Ferse, Spitz., schwarz, leder u. mod. Farb. P.	14.75

Handschuhe

Trikot-Handschuhe	für Damen, farbig, mit 2 Druckknöpfen . . . . Paar	21.75
Damen-Handschuhe	farbig, mit 2 Druckknöpfen . . . . Paar	12.75
Herren-Handschuhe	grau gestrickt . . . . Paar	9.75

Fuss-Abtreter Stück **6.90**

Strickwolle schwarz u. grau 1/8 Pfd. 16,50 **14.50**

Ein Posten **Herren-Hüte** zum Aussuchen . . . Stück **19.75**

Kinder-Reform-Hosen dunkelblau 32,00 **26.75**

Kinder-Sweater 34,75 **23.50**

Gardinen usw.

Querspitze	haltbare Qualität . . . . . Mtr.	3.75
Scheibengardinen	gediegene Ware . . . . Mtr.	8.50
Gardinen	breite Ware, schöne Muster . . . . . Mtr.	11.75
Künstler-Gardinen	moderne Ausführungen . Fenster	78.00
Halbstores	Erbstüll mit Bandarbeit . . . . Fenster	55.00
Etamine-Halbstores	mit breit. Einsatz u. Volant Fenster	98.00
Gobelin	mit Franse, versch. Ausführungen . . . Stück	135.00
Portiere	3 teilig, reines Gewebe . . . . . Fenster	78.00
Bettvorleger	mit Franse, schöne Zeichnungen . Stück	65.00
Möbelbezugsstoffe	ca. 130 cm breit, haltbare Ware Fantasie-Muster . . . . Mtr.	75.00

1 Posten **Auflege-Matratzen** 80/200, 3 teil. m. Alpengrasfüllung, reines Gewebe **285**

1 Posten **Regenschirme** für Damen u. Herren **58**

Damen-Konfektion

1 Posten	Foulé-Mäntel	reine Wolle in versch. Farben	675
1 Posten	Frühjahrs-Mäntel	hochmodern m. farbigen Untertrag., Manschetten und reicher Stepperei	495
1 Posten	Flausch-Mäntel	gute Qualität	195
2 Posten	Frühjahrs-Kostüme	hellmod. a. Seiden-Serge gef. 575	395
3 Posten	Backfisch-Kleider	als Konfirmand.-Kleid. 575 395	195

Weißwaren usw.

Madapolam-Langette	. . . . . Mtr.	68 Pf.
Wäsche-Stickerei	ca. 3 cm breit . . . . . Mtr.	1.55
Madapolam-Doppelstoff-Feston	mit Loch . Mtr.	2.75
Schweizer-Stickerei	ca. 7 cm breit . . . . Mtr.	5.50
Rock-Volant-Stickerei	Madapolamstoff, ca. 20 cm breit Mtr. 18.75	15.75
Lack-Gürtel	. . . . . Stück	1.75
Kieler Kragen	blau-weiß . . . . . Stück 6,75	3.50
Knaben-Strick-Mützen	. . . . . Stück 6,75	3.50
Kinder-Taschentücher	weiß und bunt kariert Stück 3,25	2.95
Damen-Taschentücher	mit Hohlsaum und handgestickter Ecke Stück 4,25	3.50

Herren- u. Knaben-Mützen Stück **9.75**

Herren-Sport-Mützen 19,75 **12.75**

Wasch-Kern-Seife 60—62 % Fettgehalt, Doppelstück ca. 250 Gramm **5.00**

Blumenseife	. . . Stück	2.75
Lanolinseife	. . . Stück	3.00
Hygien. Fett-Seife	Stück	4.00
Bade-Seife	groß und Stücke	5.00
Schuhcreme	Dose	1.90
Bohnerwachs	weiß und gelb, Dose	8.75

Mako-Schnürsenkel 120 cm 0,45, 100 cm 0,75, 50 cm **0,55**

Schuhwaren

1 Post. Damen-Halbschuhe	Größe 39 u. 40	98.00
Damen-Halbschuhe	m. Lackkappe Paar 175,00	145.00
Damen-Spangen-Schuhe	mod., kurze Form . . . . Paar	155.00
Damen-Halbschuhe	Rahmenarbeit, Chevr., m. kl. Schönheitsf., P.	158.00
Damen-Schnürstiefel	Rol.-Chev. m. Lackk.	195.00
Herren-Schnürstiefel	bequ. Form	195.00
Damen-Stoff-Hausschuhe	Leder-sohle, Absatzfleck . . . . Paar	35.75
Kinder-Schnallenstiefel	Lederkappe, Ledersohle u. Absatzfleck, Paar	28.50

Damen-Putz

Damen-Stepp-Hüte	für Sport und Reise . .	29.50
Damen-Filz-Hüte	weiche, gute Qual. in allen modernen Farben und Formen . . . 55,00	39.00
Kontinental-Regenhüte	besonders preiswert . . .	78.00
Uebergangs-Hüte	a. imit. Wildl. Seide und Affenhaut 225,00 175,00	125.00
Echte Lederhüte	schicke aparte Formen 475,00 350,00	298.00

Herren-Artikel

1 Posten Herren-Kragen	mit kleinen Fehlern, z. Aussuchen . . . Stück 4,75	2.95
1 Posten Weiche Herren-Kragen	zum aussuchen . . . . Stück	3.95
1 Posten Hosenträger	. . . Paar	1.45
Herren-Schleifen	bunt . . Stück	6.75
Bunte Serviteurs	. . . . .	6.75
Sport-Serviteurs	bunt m. Kragen 16.75	15.75
Breite Selbstbinder	mod. Streifen 19,75	14.75
Serviteurs m. Manschetten	bunte Garn.	27.00

1 Post. Brosch.-Rocknad. Kravattennad.	zum Ausl. jedes Stck.	1.95
1 Post. Ketten-Armbänd. Kolliers	zum Ausl., jed. Stück	2.95
Butterbrotpapier	Rolle	2.75
Pap.-Serviett.	10 Stck. 2,00	1.50
Schieferkasten	2,25	0,95
Schüler-Etuis	gefüllt . .	5.95
Postkarten-Rahmen		3.50
Postkarten-Album	2,50	1.50

Kurzwaren

Stopfgarn	. . . Karte 0,35	0,10
Sternzwirn	schwarz und weiß Stern 20 Meter	0,65
Stecknadeln	. . . 100 Stück	0,65
Nähnadeln	. . . . Brief	0,25
Rüschengummiband	. Meter	3.95

Steingut

Teller	weiß . . . . . Stück	1.95
Essig- u. Oelflaschen	. Stück	1.95
Vorrats-Tonnen	bunt und creme	2.95
Salz- u. Mehl-Mesten	. . .	7.75
Gefüllte Bonbons	1/4 Pfd.	4.95

Haushalt-Artikel

Auftrag-Bürsten	Stck. 1,25	95 Pf.
Scheuer-Bürsten	Fiber Stück 2,50	2.25
Schrubber	Ziber . . Stück 5,75	4.75

Etwas ganz Besonderes aus unserer **Noten-Abteilung**

3 Post. Klavier-Noten, leicht angestaubt, Post. 1 **75** Pf. Post. 2 **1.35** Post. 3 **2.25**

Porzellan

Kaffee-Service	mit bunt Dekor für 6 Personen	85.00
Kaffee-Service	bunt für 2 Personen	22.50
Kaffee-Kannen	weiß, groß .	16.50
Deckel-Schüssel	weiß . . .	21.50
Gemischte Bonbons	1/4 Pfd.	3.90

Kurzwaren

Lockennadeln	Paket 25 Stück	0,15
Haarnadeln	. . . . Paket	0,30
Nahtband	schwar und weiß Meter	0,45
Köperband	weiß, 3-Meter-Stück	0,55
Druckknöpfe	garantiert rostfrei Dutzend	0,60

Im 3. Stock:

Grammophon-Platten

neueste Schlager, in großer Auswahl

zu billigsten Preisen.

Nussbaum

Das führende Kauf- und Warenhaus Halles.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 20. Januar 1922

Zur Tarifbewegung der Arbeitnehmer im Handels- und Transportgewerbe

Von der Verbandsleitung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes wird uns nachstehender Versammlungsbericht gesandt:

In einer Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Halle, wurde Stellung genommen zu den mit dem Arbeitgeber-Verband gepflogenen Verhandlungen zwecks Schaffung neuer Gruppen-Lohnverträge ab 1. Januar 1922. Die Lohnkommission erstattete den Bericht über die fast dreitägigen Verhandlungen. Die Versammlung stimmte den getroffenen Vereinbarungen zu und gab der Verbandsleitung nebst Lohnkommission Vollmacht, die Lohnverträge zum gegebenen Zeitpunkt aufzukündigen und entsprechende Neuforderungen zu stellen.

Bekanntgegeben wurde dann, daß ab Mitte Januar der neue Manteltarif nebst Lohntarifen gedruckt vorliegen wird und daß jedes Mitglied verpflichtet sei, sich ein Exemplar im Verbandsbureau zu entnehmen.

Erneut wurde dann darauf verwiesen, daß es leider noch immer eine Anzahl unorganisierte Berufsangehörige gibt, die den Schmarotzer spielen, indem sie stets und ständig alle tariflichen Errungenschaften für sich in Anspruch nehmen, im übrigen aber durch ihre Nichtzugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation ein Hemmschuh der ganzen Bewegung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer sind.

Die Versammlung brachte hierbei erneut zum Ausdruck, daß solche Unorganisierte als Schädlinge an jeder Arbeitsstelle zu betrachten sind und daß sie in keiner Beziehung ein moralisches Anrecht auf die tariflichen Errungenschaften der Organisation haben, solange sie sich derselben fernhalten. Die Verbandsleitung wurde in dieser Sache beauftragt, bei den nächsten Lohnverhandlungen darauf hinzuwirken, daß diese Unorganisierten von jeder weiteren eventuellen Lohnerhöhung auszuschließen seien.

Es wird nunmehr bis auf weiteres Sache der Organisierten sein müssen, im Sinne dieses Versammlungsbeschlusses zu handeln. Das Uebrige wird Angelegenheit der Verbandsleitung und Lohnkommission bleiben, um endlich einmal den unwürdigen Zustand aus der Welt zu schaffen. Wer nicht mit uns ist, ist eben wider uns und muß der Verachtung preisgegeben werden. Das Recht und die Pflicht zur Organisation hat in der heutigen Zeit jeder Arbeiter und jede Arbeiterin. Wer diesem nicht nachkommt, tut es aus eigenem böswilligen Ermessen. Wer aber das Feld nicht mit bauen hilft, der muß unbedingt von der Einheimsung der Früchte ausgeschlossen werden.

*

Dazu haben wir zu bemerken:

Aus dem Bericht ist nicht zu ersehen, ob die Versammlungsteilnehmer das Lohnabkommen ohne Widerspruch angenommen haben. Es ist kaum anzunehmen, daß bei der dauernden Steigerung aller Lebensmittel und bei der Abneigung der Unternehmer, entsprechende Lohnzulagen zu gewähren, ein die Arbeiter befriedigendes Resultat herausgekommen ist.

Von besonderer Bedeutung aber ist die **Stellungnahme der Versammlung zu den Unorganisierten.** Auch wir halten es für unbedingt erforderlich, möglichst alle Arbeiter den freien Gewerkschaften zuzuführen, um damit die Schlagfähigkeit der Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber zu erhöhen. Ueber die Mittel, dieses zu erreichen, gehen unsere Meinungen aber entschieden auseinander. Wir halten die Behandlung der Unorganisierten, wie sie im Bericht vorgeschlagen wird, für grundfalsch. Ist dem Transportarbeiter-Verband nicht bekannt, daß die freien Gewerkschaften in ganz Deutschland seit den letzten Monaten einen ziemlich starken Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen haben? Woher rührt das? Ein großer Teil revolutionär gesinnter Arbeiter hat durch die reformistische Politik der Gewerkschaften das Vertrauen zu der Organisation verloren, und enttäuscht und verbittert drehen sie dem Verband den Rücken. Diese Kollegen — keine minderwertigen Elemente —, kann man nicht für die Organisation wiedergewinnen, indem man sie verächtlich macht, sondern die Gewerkschaften **müssen durch eine rücksichtslose und energische Politik den Beweis erbringen, daß die Organisation ein scharfes Mittel im Klassenkampf und für die Mitglieder unentbehrlich ist.** Wir betrachten es für ein unerhörtes Vorgehen, wenn die Verbandsleitung des Transportarbeiter-Verbandes bei den nächsten Verhandlungen fordern wird, den Unorganisierten keine Lohnzulage zu gewähren. Die Frage ist ausschließlich Angelegenheit der arbeitenden Klasse, wozu doch auch die Unorganisierten gehören. Sie wiederzugewinnen, ist die Aufgabe des Verbandes, allerdings mit anderen Mitteln, wie es der Bericht vorsieht. Werden diese angewandt, wäre ein weiterer Austritt von Verbandskollegen die Folge, und damit würden die Verbandsleitungen unbewußt den Indifferentismus und die gegnerischen Gewerkschaften stärken.

Generalversammlung der Hallischen Fleischer

In der Generalversammlung konnte der Geschäftsbericht nur vom Juni ab gegeben werden, da der Bezirksleiter die Zahlstelle erst in diesem Monat übernommen hatte und von ersten halben Jahre, wie Kollege Wagner besonders hervorhob, keinerlei Aufzeichnungen des vorigen Bevollmächtigten vorfand. Die Löhne sind durch Verhandlungen erhöht worden in der Sächsisch-Thüringischen Vereinigung für Nebenprodukte für Männer von 250 auf 440 Mk., für Frauen von 120 auf 260 Mk. Für Roßschlächter ist der Lohn auf 400 Mk. festgesetzt. Unter 20 Jahre alte Gesellen erhielten im Juni 200, jetzt 350 Mk. Arbeiter ebenfalls 200, jetzt 370 Mk. In der Querfurter Wurstfabrik werden wohl die niedrigsten Löhne gezahlt, die überhaupt ein Arbeiter bekommt. Gesellen über 25 Jahre erhalten 6,40 Mk. Stundenlohn, von 20 bis 25 Jahren 4,50 Mk., unter 20 Jahren 3,45 Mk. Weibliche Beschäftigte 3,25 Mk. In den Kleinbetrieben bei den Ladenmeistern denkt niemand an die Einhaltung des Achtstundentages. Wochenlöhne von 150 Mk., von denen noch alle Abzüge gemacht werden, bei einer täglichen Arbeitszeit von 15 bis 16 Stunden sind keine Seltenheit. Diese Zustände bei den Innungsmeistern sind nur möglich, weil der Zentral-Verband durch den Terror der Innungskrauter keinen Fuß bei den Gesellen bisher fassen konnte. Ist ein Geselle dem Verband beigetreten und der Krauter erfährt es, so wird er rücksichtslos auf die Straße geworfen, wenn er nicht aus dem Verbande austritt. Bei der Talg- und Häutenverwertung schweben die Lohnverhandlungen seit dem 22. September. Zu zwei Verhandlungen waren die Arbeitgeber vor dem Schlichtungsausschuß nicht erschienen, bei der dritten Verhandlung wurde ein Schiedsspruch in Abwesenheit der Arbeitgeber gefällt, der den Lohn von 350 Mk. auf 400 Mk. erhöhte. Dieser Schiedsspruch wurde von der Talg- und Häutenverwertung nicht angenommen, so daß die Lohnbewegung auf dem toten Punkt angekommen ist.

Die Zahlstelle Halle hatte besonders im II. und III. Quartal Schwierigkeiten persönlicher Art durchzufechten, die nun überwunden sind, jetzt steht die Zahlstelle innerlich gefestigt da und kann nun ihre Aufgaben voll und ganz erfüllen. Der Kassenbestand ist ein guter, die Mitgliederbewegung zeigt eine Aufwärtsentwicklung.

Bei der Vorstandswahl führten die Kollegen, die durch persönliche Stänkereien der Zahlstelle im letzten halben Jahre ein ersprießliches Arbeiten unmöglich machten, eine Komödie auf und wollten durch kleinliche Mätzchen verhindern, daß Kommunisten in den Vorstand gewählt werden. Auch der Bezirksleiter versuchte durch demagogische Schiebung eine Wahl von Kommunisten zu verhindern. Die Mitglieder gaben diesen Leuten die richtige Antwort durch die Wahl gegen zwei Stimmen der Kollegen, die eine Mitarbeit in der Gewerkschaft ablehnten. Es wurde noch eine Anzahl Kollegen gewählt, die die Ladengeschäfte auf Einhaltung der 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit beobachten und überwachen sollen, damit die Kollegen, die heute noch unter dem Zwange der Ladenkrauter stehen, sich nicht organisieren können und grenzenlos ausgebeutet werden, endlich den gelben Sumpfvereinen entrissen werden. Die organisierte Arbeiterschaft Halles wird schon heute aufgefordert, die organisierten Fleischergesellen in ihrem Kleinkrieg zu unterstützen. Die Fleischermeister, die den Fleischergesellen das Koalitionsrecht rauben und sich an den gesetzlichen Achtstundentag nicht halten, werden wir der Hallischen Arbeiterschaft besonders empfehlen.

Der Oberstaatsanwalt berichtigt

Der Landgerichtspräsident und der Oberstaatsanwalt in Halle senden uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes wegen des Artikels: „Rachejustiz — selbst am kranken Krüppel" in der Beilage zum Klassenkampf Nr 304 vom 29. Dezember 1921 folgende Richtigstellung:

„Der Arbeiter Paul Richard Schatz, der wegen dringenden Verdachts der Verübung gemeiner Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz verhaftet wurde, ist erst zur Untersuchungshaft gebracht worden, nachdem der zuständige Arzt der chirurgischen Klinik ihn für haftfähig erklärt hatte. Er ist erneut vom Anstaltsarzt untersucht und von diesem ebenfalls für haftfähig befunden worden. Er befindet sich seit seiner Einlieferung in der Krankenabteilung des Gefängnisses und wird dort von dem Anstaltsarzt weiter behandelt."

Wir legen gar keinen Wert darauf, Herr Landgerichtspräsident und Herr Oberstaatsanwalt, zu wissen, wer die Haftfähigkeit des Arbeiters Richard Schatz erklärt hat. Da dies nun einmal geschehen ist, dürfte es auch für die breite Oeffentlichkeit von Interesse sein, daß selbst medizinische Fachärzte keine Bedenken haben, einen Krüppel den Schikanen der Justizbehörden auszusetzen, dessen Wunde am amputierten Bein nach der Einlieferung in das Kirchtorgefängnis noch immer fünf Zentimeter lang und drei Zentimeter breit war und nur durch gute Behandlung und Pflege geheilt werden kann. Daß bei der Behandlung in der Revierstube des Kirchtorgefängnisses wegen der primitiven Einrichtung, die wir vor kurzem schilderten, die Wunde gar nicht heilen kann, dürfte selbst dem Oberstaatsanwalt klar sein und ebenfalls, daß bei dem kranken Krüppel mit seiner schmerzenden Wunde ein Fluchtversuch ausgeschlossen ist. Wäre es kein Protest, so hätte, wie die Tatsachen beweisen, die Justiz kein Interesse an der Haftfähigkeit und weiter würde sich wohl auch kein Arzt gefunden haben, der einen solchen Krüppel für haftfähig erklärt hätte. Wir fordern darum nach wie vor, daß der Arbeiter bis zur Heilung der schweren Wunde in eine Klinik gebracht wird.

---

* **Dölitz wird immer großzügiger.** In lebhafte Erregung wurden gestern abend die Bewohner der Tauteinstraße gebracht, als um 5 Uhr ein größeres Aufgebot von Sipo zu Pferd und zu Fuß erschien und die Häuser Nr. 6 und 7 umstellte. Da dort einige Genossen wohnen, glaubte man, daß diese Dölitzer Aktion ein Sparkatistennest ausheben sollten. Mehrere Male wurden die Wohnungen unter Führung von Kriminalbeamten durchsucht. Doch ohne Erfolg. Vielleicht äußert sich Herr Dölitz einmal darüber, was eigentlich die Absicht war, und warum man die Proletarier, die müde von der Arbeit nach Hause kommen, in ihrer kümmerlichen Ruhe stört. Einen Erfolg hat diese Komödie nicht gezeitigt. Die ganze Kolonne verschwand wieder so plötzlich, wie sie gekommen war. Wahrscheinlich lag es daran, daß die Pferde nicht die Treppen hinaufkommen und die Sache vom Sattel aus stattfinden konnte.

* **Ausweis der städtischen Sparkasse.** Vom 1. Dezember bis 31. Dezember 1921 gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 30. November 1921: 105 175 606,32 Mark gegen 107 612 598,52 Mark im Jahre 1920, Einzahlungen vom 1. bis 31. Dezember im Jahre 1921: 51 188 493,85 Mark gegen 14 633 882,36 Mark im Jahre 1920; zusammen 156 364 100,17 Mark gegen 122 246 780,88 Mark im Jahre 1920. Rückzahlungen vom 1. bis 31. Dezember 1921: 40 153 656,64 Mark gegen 13 243 133,95 Mark im Jahre 1920. Bestand am 31. Dezember 1921: 116 210 443,53 Mark, gegen 109 003 646,93 Mark am 31. Dezember 1920.

* **„Die Sozialisierung im Baugewerbe".** Am Dienstag, dem 24. Januar, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung für das gesamte Baugewerbe in Halle statt. Oberstadtbaurat Dr. ing. Wagner (Berlin) wird sprechen über „Die Sozialisierung im Baugewerbe". Zu dieser Versammlung sind alle Interessenten eingeladen.

* **Was alles in der Straßenbahn liegen bleibt.** In der Zeit vom 1. bis 31. Dezember sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der Städtischen Straßenbahn gefunden worden: 6 Spazierstöcke, 4 Regenschirme, 7 Paar Handschuhe, 8 einzelne Handschuhe, 3 Tücher, 1 Arbeitsschürze, 1 Kopfschützer, 1 Mantelgürtel, 1 Handtuch, 4 Marktbeutel, 9 Frühstücksflaschen, 1 Etzlopf, 1 Markfnetz, 1 Handtasche, 9 Schlüssel, 9 Portemonnaies, 1 Riemen, 2 Rucksäcke, 1 Maype, 1 Schlüsseltasche, 1 Taschenspiegel, 1 Brieftasche, 2 Paar Einlegesohlen, 1 Photographie, 1 Taschenuhr mit Kette, 1 Uhrkette, 1 Schulatlas, 1 Breit, 1 Haarspange, 1 Notenheft, 1 Holzleiste, 1 Maschinenersatzteil, 1 Säckchen Zucker, 1 silberner Anhänger, verschiedene Geldscheine.

Die Empfangsberechtigten werden ersucht, ihre Rechte im Fundbureau der Städtischen Straßenbahn, Berliner Straße 1, geltend zu machen.

* **Schuhverkauf.** Die Erste Weißenfelser Genossenschaftsschuhfabrik, Filiale in Halle, Lerchenfeldstraße 14, empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft von Halle und Umgegend Schuhwaren aller Art in nur guter Lederausführung. Arbeiter, unterstützt die Genossenschaft.

* **Luft- und Sonnenbehandlung für Tuberkulose.** Am Sonntag, dem 22. Januar, vormittag 11 Uhr, findet nach einem kurzen einführenden Vortrag über Luft- und Sonnenbehandlung die Vorführung eines Films im Lichtspieltheater „Astoria", Alte Promenade, statt, der die Tuberkulose-Erkrankungen und die Erfolge im Bild schildert. In Halle sind außer den sehr beschränkten Anlagen am Galgenberg und Pulverweiden keine Sonnenbäder geschaffen. **Die Errichtung eines großen Luft- und Sonnenbades an der Saale** ist seit Jahren ein Bestreben des Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose, hat sich aber leider immer noch nicht verwirklichen lassen. Das ist im Belange der Volksgesundheit außerordentlich zu bedauern. Wer sich über die Wirkung von Luft und Sonne unterrichten will, besuche die Vorführung. Karten in der Musikalienhandlung Hothan, Große Ulrichstraße; Drogerie Schlüters Nachfolger, Große Steinstraße; Drogerie Helmbold, Leipziger Straße.

* **Arbeiter-Bildungsverein Halle-Cröllwitz.** Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, findet im Ladenhof in Cröllwitz die Hauptversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder notwendig.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, abend 7½ Uhr gelangt die Operette „Die beiden Nachtigallen" zur Aufführung. Sonnabend: „La Traviata". Sonntagnachmittag Fremdenvorstellung bei halben Opernpreisen: „Schönheit und Tugend" (Una cosa rara). Sonntagabend „Die neugierigen Frauen", Montag „La Traviata".

* **Stadttheater.** Wegen Erkrankung des Personals muß die Sonnabendvorstellung geändert werden. Zur Aufführung gelangt nicht „La Traviata", sondern die Oper „Hänsel und Gretel". Zu dieser Vorstellung werden von den Kindern auf allen Plätzen halbe Preise erhoben.

* **Im Thalia-Theater** gelangt Sonntag, abend 7½ Uhr, in Abänderung des Spielplans der Schwank „Die spanische Fliege" zur Aufführung. Eintrittskarten sind an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

* **Freie Volksbühne.** (Thalia-Theater) Der eingebildete Kranke. Ein Heiratsantrag. Spieltage: E: Sonnabend, den 21., F: Montag, den 23., G: Mittwoch, den 25., H: Donnerstag, den 26., J: Montag, den 30. Januar.

Brachwitz

Einwohner, Arbeiter, heraus! Kommt am Sonntag, dem 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, alle in die bei Becker stattfindende öffentliche Versammlung. Hört, was unser Redner über die „politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands" zu sagen hat. Referent ist Genosse Höcker (Halle). Erscheint zahlreich.

Teicha und Umgegend

Volksversammlung. Eine öffentliche Versammlung findet am Sonntag, dem 22. Januar, abends 7 Uhr, bei Gottschalg in Löbnitz statt. Der Genosse Grabow (Halle) wird bei dem gestellten Thema: „Mit dem Hunger der Arbeiterklasse soll die Finanzkrise behoben werden", zeigen, wie die Zukunft der arbeitenden Bevölkerung sich gestalten soll. Darum, Einwohner, Arbeiter, Mann und Frau, auf, in die Versammlung!

Kleinkugel-Raundorf

Eine Parteiversammlung findet am Sonntag, dem 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Pille in Raundorf statt. Mitglieder, Freunde unserer Sache, Leser des „Klassenkampf" sind herzlichst dazu eingeladen.

Könnern

Unsere Parteiversammlung, die am Sonntag stattfand, war gut besucht. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Gustav Klemme, Feldberg 16a; 2. Vorsitzender: Hermann Amende, Friedhofstraße; Kassierer: Gustav Wetzel, Neumarkt. Als „Klassenkampf"-Austräger wurde der Genosse Ebner bestimmt

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht

Schwerer Raub.

Am ersten Verhandlungstage der neuen Schwurgerichtsperiode wurde gegen den 45jährigen Heizer Otto Giesecke aus Merseburg verhandelt. Am 9. August 1921 hatte er auf der Straße, die die von Schkopau nach Knapendorf führt, den Landwirt Max Schröter, der mit seinem Gespann nach Knapendorf fuhr, überfallen und ihn mit einem Hammer über den Kopf geschlagen. Der Ueberfallene war dann vom Wagen gesprungen und holte Hilfe herbei. Feldarbeiter nahmen die Verfolgung auf. Als er sah, daß er seinen Verfolgern nicht entrinnen konnte, setzte er sich kräftig zur Wehr und verletzte dabei einen anderen Landwirt noch erheblich. Erst nachdem man Giesecke kampfunfähig gemacht hatte, konnte er überwältigt werden. Das Schwurgericht verurteilte ihn wegen schweren Raubes in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung zu 3½ Jahren Zuchthaus.

Wegen Meineids

war der Kaufmann Gerhard Brode aus Berlin angeklagt, der von einem Wurstkonservenfabrikant bei der Uebernahme der Filiale Möbel gekauft hatte. Im Mai 1919 hatte Brode beschworen, trotzdem er eine Quittung über 550 Mark Möbelkosten vom Januar 1919 besitzen sollte, daß ihm zu dieser Zeit die Möbel noch nicht gehört hätten. Vor dem Gericht behauptete jetzt Brode, daß die Quittung in Wirklichkeit erst im Mai ausgestellt und zurückdatiert worden sei. Da in dieser Frage keine Klärung erfolgen konnte, wurde die Verhandlung vertagt. Es sollen neue Zeugen geladen werden.

Eine zweite Anklage wegen Meineides wurde am Mittwoch verhandelt. Der Arbeiter Christian Krüger aus Schkeuditz hatte der Frau eines Leutnants, während er Bursche war, Ehescheidungsmaterial geliefert. Krüger hatte dafür von der Frau 300 Mark bekommen und außerdem sollte er befördert werden. In dem Ehescheidungsprozeß, der später stattfand, hielt Krüger seine Angaben nicht mehr aufrecht, so daß er zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Strafe brauchte er aber nicht anzutreten, da er amnestiert wurde. Er stand jetzt wegen Meineids vor den Geschworenen, die ihn aber von dem Verbrechen des Meineids freisprachen, fanden ihn aber des fahrlässigen Falscheides für schuldig. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde, da auch dieses Vergehen unter das Amnestiegesetz fällt, das Verfahren eingestellt.

Sport

Bezirks-Sportkartell-Sitzung Halle-Mitteldeutschland. Zu seiner diesjährigen Vollsitzung tritt am 22. Januar, früh 10 Uhr, das Bezirks-Sportkartell im „Volkspark" zu Halle zusammen. Die Sitzung wird sich mit vielen interessanten sportlichen Sachen befassen. Der allem bilden die Veranstaltungen des Jahres 1922 einen der wichtigsten Punkte. (Reichs-Arbeitersporttag). Eine rege Aussprache wird auch die Zeitungsfrage erfordern, um nun endlich einmal Klarheit in dieser Frage zu schaffen. Hierüber müssen sich in erster Linie die auswärtigen Kartelle einmal klar und deutlich äußern. Das Ortskartell Halle wird als Herausgeber des Arbeitersportes über den Wert der Zeitung für das gute Gelingen unseres Werkes eingehend berichten. Ferner stehen auf der Tagesordnung Neuwahlen und Verschiedenes. Den Ortskartellen wird nochmals zur Pflicht gemacht, einen Delegierten zu entsenden.

„Die Naturfreunde". Sonntag: Zum Bunten Abend der Ortsgruppe Leipzig. Ab Sonnabend, nachmittags 4.30 und abends 6.58 Uhr. (Anmelden). — Halbtagswanderung durch die Heide nach Neu-Nagozzi und Leitzn. Ab nachmittags ½2 Uhr von der Kröllwitzer Brücke und vom Hettstedter Bahnhof. — Jugendgruppe: Treffwanderung nach dem Petersberg. Ab früh 8 Uhr vom Wettiner Platz. — Dienstag, abends 7 Uhr im Stadtheim: Musikgruppe.

Turn- und Sportverein Wörmlitz. Spiele am Sonntag, dem 22. Januar. 1 Uhr: Wörmlitz I — Arbeiter-Sport-Klub I; 1,3 Uhr: Wörmlitz II — Ottau I; 11 Uhr: Wörmlitz III — Trotha III und 10 Uhr: W. I Jugend — Trotha I Jugend.

Letzte Nachricht

Unerhörte Provokation der Grubenbarone

Drohender Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Die nach der zum 31. Dezember 1921 erfolgten Kündigung des Mantelvertrages durch die Arbeitnehmerorganisationen zwischen den Vertragsparteien geführten schwierigen Verhandlungen sind am Donnerstag als ergebnislos abgebrochen worden. Sie scheiterten an der Unnachgiebigkeit einer Einigung über zwei grundsätzliche Fragen. Die Arbeitgeber forderten vor allen Dingen eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit und eine wesentliche Kürzung der Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 15 bis 21 Jahren. Die Arbeitnehmer forderten die Ausschaltung der Nichtorganisierten vom Bezug der vereinbarten Soziallöhne und Nichtbezahlung für Lohnurlaub, ferner die Anerkennung, daß Streiks und Aussperrungen, die von den vertragschließenden Organisationen anerkannt sind, nicht als Arbeitsunterbrechung gelten. Von der in Aussicht gestellten Antwort der Arbeitgeber hängt es nun ab, ob es im gesamten mitteldeutschen Braunkohlenbergbau wegen dieser Streitfragen zum Lohnkampf kommen wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen: Fritz Krab; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Altlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Die Begnadigungskomödie

Die in den letzten Wochen viel von sich reden machte, wird trefflich illustriert durch folgendes Schreiben an die zuständigen Polizeiverwaltungen, das uns ein günstiger Wind auf den Redaktionstisch geweht hat. Es lautet:

Der Beantragte für Gnadensachen „alle a. S., ...
beim Landgericht.

Der . . . . . hat sich an dem letzten Kommunistenaufstand dadurch beteiligt . . . . . .

Ich habe jetzt zu prüfen, ob Anlaß zur Befürwortung eines Gnadenerweises vorliegt und ersuche daher, sich nach Anstellung eingehender schonender Ermittelungen über Ruf, Führung, Charaktereigenschaften, Familien- und persönliche Verhältnisse des Verurteilten zu äußern.

Gehört er einer der kommunistischen Parteien oder der Union an?

Hat er sich politisch betätigt und sich dabei als Hetzer und Aufwiegler bemerkbar gemacht?

Hat er sich schon an einem früheren Putsch beteiligt?

Gilt er als rücksichtsloser, gewalttätiger oder hat er sich vielmehr als ordentlicher, ruhiger und fleißiger Mensch gezeigt und sich der Aufruhrbewegung nur als Mitläufer angeschlossen, der ihre Bedeutung, Tragweite und Gefährlichkeit nicht übersah?

Sind weitere Bestrafungen bekannt?

Das Schreiben spricht jedenfalls Bände. Wenn man bedenkt, daß nach den Ansichten der Weißen Justiz die Kommunisten keine ordentlichen, ruhigen und fleißigen Menschen sind, sondern Verbrecher, dann kann man ungefähr ermessen, wer begnadigt wird. Was sagt der rechtssozialistische Justizminister zu diesem Wisch?

Der neueste Streich der Bauunternehmer in der Ferienfrage

Eine offene Antwort der Arbeitnehmerverbände im Baugewerbe zu dem von den Beton- und Tiefbau-Arbeitgeber-Verband für Deutschland, e. V., Gruppe Provinz Sachsen-Anhalt-Thüringen, an die Ersteingenannten gerichteten Schreiben, welches vom 10. Januar datiert und wie folgt lautet:

Von unseren Mitgliedern, welche in unserem Bezirk Arbeiten ausführen, wird uns berichtet, daß ihre Arbeiter an Sie herangetreten seien, betreffs Bewilligung von Ferien.

Wir teilen Ihnen hierzu folgendes mit:

Die unter dem 8. Dezember 1921 vom Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe in Halle (Saale) getroffene Vereinbarung über Gewährung von Ferien, hat für uns keine Giltigkeit, da sie ohne unsere Einwilligung erfolgt ist. Wir haben Einspruch dagegen erhoben und ist derselbe laut Schreiben des Bezirks-Arbeitgeberverbandes vom 16. Dezember v. J. anerkannt worden. Auch fügen wir Abschriften eines Schriftenwechsels mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bei, woraus Sie ebenfalls zu ersehen belieben, daß die vom Bund getroffene Vereinbarung für den Beton- und Tiefbau-Arbeitgeberverband für Deutschland, e. V., nicht in Betracht kommt. Im übrigen hat auch das Reichsarbeitsministerium auf Grund der erhobenen Einsprüche und auf Grund des Urteils des Landgerichts I in Berlin die allgemeine Verbindlichkeit der vom Hauptvorstand beschlossene Ferienordnung vom 4. August 1921 abgelehnt.

Die Vereinbarung des Deutschen Arbeitgeberverbandes vom 13. Dezember 1921 ist kein Vertrag, sondern eine persönliche Verpflichtung des Vorsitzenden des Bundes, Herrn Behrens.

Wir lehnen also gleich dem Reichsverbande für das Baugewerbe Ferien für das Jahr 1921 ab.

Unsere Mitglieder haben unseren Beschlüssen Folge zu leisten und sind in ihrem Recht, wenn sie Ferien für das Jahr 1921 nicht bewilligen.

Wir bitten hiervon gefl. Kenntnis zu nehmen.

Hochachtungsvoll

(S.) Der Syndikus: (gez.) Dr. Stettel.

Nichtssagender und nichtsahnender auf alle bisher in der Ferienfrage beiderseits getroffenen Vereinbarungen, diese auf legalem Wege durchzuführen, kann wohl nicht aufgetreten werden. Man pfeift auf Treu und Glauben der Tarifinstanzen. Man fühlt sich auf Unternehmerseite mächtig genug, den Bauarbeitern den Krieg zu erklären. Wollen sich diese den Gewaltakt nicht gefallen lassen, nun, dann sollen sie kämpfen, so denken die üppig gewordenen Großunternehmer.

Wollen wir doch einmal kurz beweisen, daß die Unternehmer ganz gut in der Lage sind, die drei Ferientage, worum sich der Streit dreht, zu bezahlen. Hier nur folgende Beispiele: Die Aktiengesellschaft Philipp Holzmann, Frankfurt (Main) verteilte bei hohen Abschreibungen von 5 Millionen 202 606 Mark noch 12 Proz. Dividende. Die Baumaterialien-Großhandlung Adolf Widmann gab bei 831 574 Mark Abschreibungen noch 10 Prozent. Die Tiefbauaktiengesellschaft Julius Berger, Berlin, verteilte nach Abschreibungen in Höhe von 1 160 185 Mark 25 Prozent Dividende. Die Aktiengesellschaft Held und Franke, Berlin, hatte nach sehr reichlichen Abschreibungen ebenfalls noch 25 Prozent für ihre Aktionäre übrig. Die Riesengewinne der Einzelinhaber der großen Hoch- und Tiefbaufirmen, Karl und Otto Lingesieben usw., brauchen leider öffentlich nicht bekanntgegeben zu werden, sonst würden den Bauarbeitern noch mehr die Augen aufgehen, wie sie um den Ertrag ihrer Arbeit gebracht sind. Kolossale Anschaffungen und Vergrößerungen ihrer Betriebe können die Baulöwen vornehmen und ihr Aktienkapital gewaltig erhöhen, den Bauarbeitern aber drei Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren, dazu können sie sich nicht verstehen, da sich das Baugewerbe „vor dem Ruin" stehe. Gibt es eine frechere Herausforderung zum Kampf um die endliche Gewährung der Ferien als den Vergleich der obigen Antwort mit den nur wenigen hier aufgeführten Geschäftsergebnisse derjenigen Firmen, die sicher auch dem Beton-Arbeitgeberverband angehören.

Der Bezirks-Arbeitgeberverband und der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, die mit den Bauarbeiterverbänden die Feriengewährung vereinbart haben, stellen mit Behagen gern fest, daß der Beton- und Tiefbauunternehmerverband nichts mit den Ferien zu tun hat. Daß aber dieser hinterhältige Zweck auch dazu beitragen soll, den Arbeitern die Ferien zu entreißen, ist sonnenklar. Die hiesigen Unternehmer im Bauarbeitgeberverband vertrösten immer noch auf den 20. Januar, wo diese Herren unter sich noch einmal die Durchführung der Ferien „beraten" wollen. Bis zum 31. Januar 1922 soll aber jeder dazu „Berechtigte" die Ferien erhalten haben. Wollen die Herren „ihre" Leute noch länger auf die Geduldsprobe stellen? Betrügen lassen sich die Bauarbeiter um die Ferien nicht, das sollten doch die Unternehmer schon gemerkt haben. Wollen sie die Gewalt entscheiden lassen, wir sind dazu gerüstet!

Hermann Gramann.

Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger

Vor einigen Tagen fand im Sitzungssaale der Landesversicherungs-Anstalt in Merseburg eine Versammlung statt, in welcher eine Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsträger und der Wohlfahrtseinrichtungen in der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt gegründet wurde mit dem Sitz in Merseburg. An der Gründungsversammlung nahmen u. a. teil der Oberpräsident und der Regierungspräsident, außerdem waren vertreten alle Krankenkassenverbände und Betriebskrankenkassen, ferner die Krankenkassen der landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufsgenossenschaften und andere Wohlfahrtseinrichtungen.

Für die Kriegsopfer

Von M. Merzinski

Von der Bezirksleitung des Internationalen Bundes der Kriegsopfer wird uns über den Lauf des Versorgungsantrages vom Tage der Gestellung bis zur vollständigen Vollendung folgendes geschrieben:

Nachdem nun nor kurzem in einem Artikel die Einhaltung der Frist bei Gestellung eines Versorgungsantrages geschildert wurde, soll es unsere Aufgabe sein, wie schon erwähnt, den Lauf des Versorgungsantrages zu schildern. Aus dem Schlußsatz unseres vorhergehenden Artikels war zu ersehen, wie ein Antrag beim Versorgungsamt gestellt wird, ist demnach so verfahren, wie dort geschrieben, gelangt der gestellte Antrag seitens des Versorgungsamtes zur Prüfung und der Antragsteller erhält alsdann eine Aufforderung, sich einer Untersuchung durch den zuständigen Arzt beim Versorgungsamt zu unterziehen, der alsdann ein Gutachten über Festsetzung der Rente (der Höhe) oder Ablehnung des Versorgungsanspruches abgibt. Wie solche Gutachten ausfallen seitens des Vertrauensarztes der Versorgungsbehörde, hat ja die Erfahrung gelehrt, denn in vielen Fällen sind die Gutachten des amtierenden Arztes einseitig, was ja sehr leicht erklärlich ist. Ratsam ist deshalb für alle Kriegsopfer, das sei besonders für die mit inneren Krankheiten Behafteten bemerkt, daß ein Gegengutachten seitens des in privatärztlicher Behandlung gestandenen Arztes, zur gegebenen Zeit eingeholt werden kann, deshalb soll man sich jede privatärztliche Behandlung, welche bezüglich auf das Leiden statfindet, merken. Von dem Befunde des Versorgungsamtes erhält sodann der Antragsteller einen berufungsfähigen Bescheid, das heißt, er kann gegen das verlässige Urteil (Bescheid) des Versorgungsamtes, bei einer demnächst liegenden Instanz, und zwar ist es hier das Militärversorgungsgericht, in dessen Bezirk sich der Antragsteller befindet, Berufung einlegen, wenn er glauben würde, daß die Rentenfestsetzung (oder Ablehnung) mit der tatsächlichen Minderung der in Frage kommenden Erwerbsfähigkeit nicht im Einklang steht. Eine solche Berufungsschrift hat, wie wir glauben annehmen zu dürfen, daß dies überall bekannt ist, in doppelter Ausfertigung zu geschehen, und muß eingehend begründet sein.

Weshalb kommt es vor, daß die Antragsteller nicht in der Lage sind, eine Berufungsschrift mit der nötigen Begründung anzufertigen, und es muß die Organisation eingreifen; empfehlenswert ist, sich in dieser Angelegenheit mit der Organisation in Verbindung zu setzen und die Weiterdurchsetzung selbiger zu übertragen. Die Organisation als solche übernimmt zugleich die Rechtsvertretung vor den Militärversorgungsgerichten. Zeugnisse und Unterlagen wolle man nie im Original bei einer Berufungsschrift mit einsenden, wenn es nicht besonders erforderlich ist, soll dies überhaupt vermieden werden. Ratsam wäre in der Begründung darauf hinzuweisen, daß Antragsteller im Verhandlungstermin Atteste und Zeugnisse vorlegen wird. Die Einhaltung der hier zustehenden Berufungsfrist von vier Wochen (d. h. vom Tage der Zustellung des Bescheides), wird zum großen Teil nicht eingehalten, oder der Bescheid wird oberflächlich weggelegt, was natürlich nicht vorkommen darf; die Berufung hat möglichst nach Eingang des Bescheides zu geschehen. Auch hier gibt es in der Einhaltung der Frist Ausnahmen, und zwar wenn der Antragsteller in der Zeit vom Tage des gestellten Antrages sich in außereuropäischen Ländern aufhält, sodann beträgt die Frist drei Monate. Nicht mit der Frage betrauten Antragsteller Zeilen sich, wenn wenn selbige der Organisation angeschlossen sind, sofort an die Organisation wenden, welche sodann wie schon eben erwähnt, auch die Stellung des Rechtsvertreters vor dem Militärversorgungsgericht übernimmt. Der Rechtsvertreter muß natürlich mit einer weitgehenden Vollmacht, die niemals auf den Namen der Organisation lautet, sondern auf den vollständigen Namen des Rechtsvertreters, welcher alsdann auf Grund der Vollmacht ermächtigt ist, die Interessen des Klägers (würde es jetzt heißen) wahrzunehmen. Es sei hier noch hervorgehoben, daß, sobald ein Antragsteller eine Berufungsschrift ausfertigt und sich eine Rechtsvertretung wünscht, kann selbiger die Vollmacht für den in Frage kommenden Rechtsvertreter mit der Berufungsschrift mit einsenden, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß dies wesentlich besser ist. Der Rechtsvertreter wird sogleich von allen Handlungen, welche den Antragsteller betreffen, in Kenntnis gesetzt, eine bestimmte Notwendigkeit zur Beilegung der Vollmacht besteht aber nicht, damit nicht eine ein Unrium entstehen soll, fügen wir bei, daß auch Vollmachten jederzeit, auch spätestens am Verhandlungstage erst beigebracht werden können. Der Rechtsvertreter müßte dann in allen Sachen des Klägers unterrichtet werden; denn wie es oft vorgekommen ist, ist man mit einer Handbewegung über gerade wichtige Punkte, welche eventuell als Beweismaterial dienen könnten, hinweggegangen. Der Kläger wird sodann per Karte mit Rückantwort unterrichtet, wann der Verhandlungstag statfindet, das setzt dem Rechtsvertreter mitzuteilen ist. Ehe wir einen kurzen Ueberblick über die Verhandlung geben, sehen wir uns veranlaßt, erst über die Zusammensetzung der Militärversorgungsgerichte etwas zu bringen. Die Militärversorgungsgerichte werden von den Vorsitzenden der Oberversicherungsämter geleitet und sind bei diesen errichtet. Der Vorsitzende führt im allgemeinen den Titel Direktor, bei den Militärversorgungsgerichten werden nach Bedarf ein oder mehrere Spruchkammern eingerichtet. Jede Kammer hat sodann einen Vorsitzenden, der ein Direktor oder ein anderer höherer Verwaltungsbeamtet des Oberversicherungsamtes sein kann. Außer dem Vorsitzenden gehört jeder Kammer ein richterliches Mitglied eines ordentlichen Gerichtes an (Amtsgericht oder Landgericht), ferner ein Vertreter der Militärverwaltung, Offizier, Leiter oder Beamter eines Versorgungsamtes, können auch Hauptleute oder Stabsoffiziere der Garnison sein, und zwei Kriegsbeschädigte aus den unteren Klassen des Soldatenstandes, als Beisitzer, welche zum großen Teil aus den Reihen der Kriegsopfer-Organisationen hervorgehen. Ferner werden zu Verhandlungen ein Arzt, der den Titel Vertrauensarzt führt, als ärztlicher Sachverständiger zugezogen. Auch von wesentlicher Bedeutung ist es, wenn die Beisitzer über den Vorgang etwas unterrichtet sind, denn die Berichterstattung durch den Vorsitzenden ist leider nicht immer einwandfrei. Es ist demnach hier Sache des Klägers, eventuell des Vertreters, genau Obacht zu geben, und alle günstigen Momente wohl zu merken, daß man dann im Vortrage selbige benutzen kann. In vielen Fällen wird alsdann auch der Vertrauensarzt gehört, welcher zum Teil auch Vorschläge über Einholung von Obergutachten macht. Der Kläger erhält sodann eine Aufforderung vom Militärversorgungsgericht, sich in die vorgeschlagene Heilanstalt zur Untersuchung und Feststellung des Obergutachtens zu begeben. Dieser hat natürlich Kläger unbedingt Folge zu leisten, wenn nicht, würde es zum eventuellen Nachteil in seinem Verfahren sein. Unterliegt der Kläger beim Verhandlungstermin, so kann ihm das Gericht die zustehenden Gebühren von 3 bis 50 Mk. auferlegen. Gegen sämtliche Urteile des Militärversorgungsgerichtes kann bei der letzten Instanz dem Reichsmilitärversorgungsgericht von beiden Parteien, der Beklagten (Versorgungsamt) und Kläger (Antragsteller) Rekurs eingelegt werden. Die Einhaltung der Frist hierüber ist genau dieselbe, wie schon erwähnt, bei der Berufungsfrist vor dem Militärversorgungsgericht, Ausfertigungsfrist genau dieselbe, Angliederung und Zusammensetzung des Gerichtes daselbe, es würde hier bloß heißen, angegliedert bei den Reichsversicherungsämtern. Des weiteren weisen wir darauf hin, daß die Gerichte bei Nichterscheinen des Klägers, welches selbige meistens nicht für notwendig halten, stets ungünstige Schlüsse für den Kläger ziehen. Darum können wir das Erscheinen, wenn es auch nicht angeordnet, nur empfehlen. Zum Schluß bemerken wir noch, daß wir als proletarische Kriegsopferorganisation alles Vorkommende, zu jeder Zeit bereit sind, zu bearbeiten; man wolle sich nur an unsere Ortsgruppenvorstände, Unterbezirksleitungen und Bezirksleitungen wenden. Um nun innerhalb der Kriegsopfer die Frage der Durchsetzung eines Antrages leicht erklärlich zu machen, ist in der Bezirksgeschäftsstelle des Internationalen Bundes Halle, Lerchenfeldstraße 14, eine Broschüre zu haben, welche genauen Aufschluß hierüber gibt.

An alle Vorsitzenden der Ortsgruppen

Die Bezirks-Buchhandlung ersucht die Vorsitzenden der Ortsgruppen dringend um sofortige Abrechnung der Broschüre: „Der Weiße Schrecken in Mitteldeutschland". Die restlichen Exemplare und Umgegend herzlichst eingeladen sind.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung.

Schkeuditz

Rußlandhilfe. Auf Sammellisten zur Hilfsaktion für Sowjet-Rußland der Bezirksleitung Westsachsen sind eingegangen: Nr. 5782 53 Mk., Nr. 5783, 5784 leer, Nr. 5785 87 Mk., Nr. 5786 bis 5792 leer, Nr. 5793 66 Mk., Nr. 5794 5 Mk., Nr. 5795 85 Mk., Nr. 5796, 5797 leer, Nr. 5798 25 Mk., Nr. 5799 80 Mk., Nr. 5800 19 Mk., Nr. 5801 199,50 Mk., Nr. 5802 18 Mk., Nr. 5803 leer, Nr. 5804 53 Mk., Nr. 5805 138 Mk., Nr. 5806 leer, Nr. 5807 37,50 Mk., Nr. 5808 leer, Nr. 5809 34 Mk., Nr. 5810 32 Mk., Nr. 5811 38 Mk., Nr. 5812 25,50 Mk., Nr. 5813 4 Mk., Nr. 5814 15 leer, Nr. 5816 17 Mk., Nr. 5822, 5828 leer, Nr. 5824 31 Mk., Nr. 5825 26 Mk. Gesamtsumme 1073,50 Mark. Die Listen Nr. 5817 bis 5821 sind Louis Engelhardt angeblich verloren gegangen. Wir bitten diese Listen bei Vorlegung anzuhalten. Der Vorstand.

Liebknechtfeier. Gemeinsam mit den Ortsgruppen Wehlitz und Modelwitz-Pauitz und den Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend Schkeuditz und Modelwitz-Pauitz, veranstaltet unsere Ortsgruppe am 22. Januar, abends 7 Uhr, im „Ratskeller", Schkeuditz, ihre diesjährige Liebknechtfeier, zu der unsere Genossen und Genossinnen sowie alle revolutionär denkenden Arbeiter von Schkeuditz und Umgegend herzlichst eingeladen werden.

Bitterfeld

Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier. Eine Liebknecht-Luxemburg-Gedenkfeier hat für das klassenbewußte Proletariat immer etwas Eigenartiges an sich. Und in der Tat: die Kommunistische Partei in Bitterfeld hat tatsächlich etwas Großes fertig gebracht. Das ist so zu verstehen, daß die Gedenkfeier auf künstlerischer Höhe stand. Die Genossen haben ferner gezeigt, daß sie etwas können und daß sie gewillt sind, dem Proletariat in jeder Hinsicht etwas Einwandfreies zu bieten. Wer diese Gedenkfeier mit erlebt hat, wird sie nie vergessen. Schreiber dieser Zeilen hatte Gelegenheit, nach Schluß der Feier die Gespräche mit anzuhören, die da gepflogen wurden, auch von — Bürgerlichen. Das Lob war allgemein. Die Feier hat aber noch etwas anderes gezeitigt. Sie war, streng genommen, eine ungeheure Agitation für die Idee des Kommunismus. — Nun zum Programm selbst. Ein auserlesenes Programm, wie es noch nie in Bitterfeld gehoten wurde. Ein Wagnis für die Partei. Die Frage, ob es gelingen wird, war eine gewisse geheime Sorge, aber es gelang doch. Die Stadtkapelle Bitterfelds, welche auf 30 Mann verstärkt war, unter Führung des Herrn Kapellmeisters Riedel, entledigte sich ihrer Aufgabe vorzüglich. Aus dem Programm will ich nur nennen: „Der Tod eines Helden aus der Götterdämmerung", Egmont-Ouvertüre, Rienzi-Ouvertüre und dann Tschaikowskys gewaltige Sinfonie 1812. Zum Schluß erklang gemeinsam mit den Zuhörern die „Internationale". In musikalischer Beziehung war es ein Ereignis für so manchen Proletarier. Und man konnte es ihnen am Gesicht ablesen, daß sie ganz bei der Sache waren; ein andächtigeres Publikum habe ich noch nicht gesehen. — Und nun zu unserer Vortragskünstlerin selbst: Frau Ilse Berend-Grog. Sie zeigte sich von ihrer besten Seite, groß an Geist, an Können und an Liebe. Liebe zu ihrem Können, Liebe zum Proletariat. Mit welcher seelischen Hingabe sie die einzelnen Dichtungen darbot, das muß man selbst gesehen und gehört haben, um sich ein Urteil zu bilden über die Kunst und die Kraft dieser Künstlerin. Ihren Vorspruch „Das Lied vom Falken" von Maxim Gorki — wer wurde da nicht mitgerissen? Welche Wucht und Hingabe! Männer mit harten abgearbeiteten Gesichtern wurden weich. Was das Publikum erlebte, was da vor sich ging auf der Bühne, das war gewaltiges persönliches Empfinden, das war eine Verheißung aus einer anderen Welt. Die anderen Gedichte reihten sich ebenwürdig an das erstere. Das „brennende Herz", „Der zerklirrte Hafendamm" von Maxim Gorki, „Trotz alledem" von Liebknecht und all die wunderbaren Dichtungen — es würde zu weit führen, sie alle einzeln anzuführen. Ein einziges großes Erleben. — Dank allen, die mitgewirkt haben, und Dank dem Genossen Sachse für seine zu Herzen gehende Gedenkrede zu Ehren unserer unvergeßlichen Helden. Proletarier von Bitterfeld! Zeigt den Bürgerlichen, zeigt den Genossen von der anderen Richtung, daß Ihr Kommunisten auch etwas anderes könnt. Zeigt ihnen auch fernerhin, daß Ihr in diesen Bahnen weiter weiteln wollt. Zeigt ihnen auch, daß Ihr nicht gewillt seid, Euch unterkriegen zu lassen. Es lebe der Kommunismus für immer und alle Zeit!

K. O.

Niemegk

Oeffentliche Volksversammlung. Nach langer Zeit fand endlich wieder einmal hier eine öffentliche Versammlung statt. Wohl die erste nach der Märzaktion. Und wir können zufrieden sein, zirka 60 Personen waren erschienen, um die beiden Redner, Genossen Sachse und Oertel (Halle) zu hören. In vorzüglicher Weise verstand es Genosse Sachse, welcher als erster das Wort ergriffen hatte, in seinem Referate: „Was bringt uns das kommende Frühjahr?" die Zuhörer zu fesseln. Der Beifall am Schlusse seines Vortrags bewies, daß der Referent den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte. Anschließend an den Vortrag des Genossen Sachse hielt der Genosse Oertel einen Vortrag über: „Das Proletariat und seine Presse". Redner ergänzte mit kurzen Strichen die Ausführungen des Genossen Sachse, um dann überzugehen auf das eigentliche Thema. In sachlicher Form, wie wir es von dem Redner schon gewohnt sind, versuchte er den Zuhörern an Hand von Beispielen klar zu machen, daß in eine proletarische Familie eine proletarische Zeitung gehört. Am Schluß machte Genosse Oertel die Zuhörer darauf aufmerksam, daß sie regen Anteil an dem Auf- und Ausbau der Produktiv-Genossenschaft nehmen müssen. Auch seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Nach Schluß der beiden Referate forderte der Vorsitzende, insbesondere die Gegner, auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Aber weit gefehlt. Die Helden der USP., welche vor der Versammlung einen gemütlichen Skat mit dem Herrn Landsitzer spielten, hatten es vorgezogen, zu verduften, als sich immer mehr das Lokal mit den dreimal ϟϟϟ Kommunisten füllte. Aber das schadet nichts. Es ist ein Beweis, daß die Herren kein reines Gewissen hatten. In einem kurzen Schlußwort forderte Genosse Sachse die Anwesenden auf, allen Streit beiseite zu legen und wieder regen Anteil an der Partei zu nehmen, um allen kommenden Stürmen siegreich die Stirn bieten zu können. Eine Sammlung für die Märzopfer ergab 60 Mk. Arbeiter von Niemegk, nun aber vorwärts und nicht auf halbem Wege stehen geblieben! Unser die Zukunft, trotz alledem!

Sandersdorf

Jugendweihe 1922. Arbeiteltern, Vormünder! Um eine würdige Feier auch dieses Jahr an Stelle der Konfirmation zu begehen, macht es sich nötig, daß die Anmeldungen zur Jugendweihe recht bald erfolgen. Anmeldungen sind bei den Kassierstellen Frau Walter, Kirchplatz und bei Frau Krake, Kirchplatz zu erfolgen.

Proletarische Freidenker. Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung der proletarischen Freidenker im Gasthaus Sandersdorf. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Torgau

Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte dem Abschlusse eines Vertrages mit dem Reichs-Militär-Fiskus zu, nach dem die Stadt die alten Artillerie-Kasernen auf 20 Jahre mietet, zu einem jährlichen Mietpreise von 10000 Mark. In den Kasernen werden etwa dreißig Familienwohnungen ausgebaut werden.

Zeitz

Zu der Explosion in Reußen bei Theißen heißt es jetzt, daß die Meldung, wonach keine Menschenleben zu beklagen sind, nicht den Tatsachen entspricht. Vielmehr ist der, Arbeiter Fritz Schiller aus Zeitz bei dem Brand tödlich verunglückt. Schwer verbrannt sind die Arbeiter Schneider und Willna, die in das Krankenhaus Zeitz eingeliefert wurden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Jack

8 Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.

Nun ist die Nacht hereingebrochen. In dem verlassenen dunklen Schuppen, dessen Tür die Knaben im Hinausgehen geschlossen haben, leuchtet das Herdfeuer und dehnt sich nach allen Seiten, als suche es etwas. Es läßt die zerbrochenen Scheiben aufblitzen, taucht bis auf den Grund der Blumenvasen, klettert am Gitter in die Höhe, und bewegt sich unaufhörlich, ohne etwas zu finden. Der Schein wandert über das eiserne Bett, über jenen kleinen, roten Kittel, dessen Aermel eine so friedliche, ruhende Stellung angenommen haben; aber auch dort scheint nichts zu sein, denn die Flamme fährt fort, über Tür und Decke zu leuchten, bis sie endlich müde und erschöpft gewahr wird, daß ihr Feuer vergebens ist, daß sie niemand mehr zu erwärmen braucht und sie sich in die Asche verkriecht und erlischt, wie jener frostige, kleine König, der sie so liebte.

Armer Maduh! Der Hohn des Schicksals verfolgte ihn noch im Tode; der Institutsvorsteher zögerte lange, ob er ihn wie einen Bedienten, oder wie eine königliche Hoheit beerdigen lassen sollte. Auf der einen Seite schien der Kostenpunkt bedenklich, während auf der andern die Eitelkeit und Reklamesucht den Sieg davontrug. Nach vielen Zögern sagte sich Moronval, daß etwas Außerordentliches geschehen müsse und daß, da der kleine König zu Lebzeiten nicht alle Erwartungen erfüllt habe, es recht und billig sei, aus seinem Tode Nutzen zu ziehen.

Man veranstaltete also ein großartiges Begräbnis.

Alle Zeitungen brachten eine Lebensbeschreibung des kleinen Königs von Dahomen, leider nur kurz und der Dauer seiner Existenz angemessen, aber von einer langen Lobrede auf das Gymnasium Moronval und seinen Direktor umgeben. Die Vorzüge der Methode Decoster, das Wissen des dem königlichen Kinde zugetanen Arztes, die Einrichtung des Instituts, nichts war vergessen und am rührendsten war die Einmütigkeit dieser Lobsprüche.

Endlich an einem Maitage sah Paris, welches trotz seiner zahllosen Beschäftigungen und seiner fieberhaften Tätigkeit, dennoch ein offenes Auge hat für alles, was vorgeht, einen prunkvollen, seltsamen Leichenzug die Boulevards entlang ziehen.

Vier kleine schwarze Schüler hielten die Schnüre eines Leichenwagens erster Klasse. Hinter ihnen trug ein geldhäutiger mit einem Fez geschmückter Zögling — unser Freund Said — auf einem Samtkissen irgendwelche, abendverliehene Orden, sozusagen die königlichen Abzeichen. Dann folgte der Mulatte in weißer Krawatte, umgeben von Jack und den anderen „heißen Ländern"; dann die Lehrer, die Freunde des Hauses und jene verdächtigen Gestalten, die wahllosend in regellosem Durcheinander folgten. Sie alle zogen mit fläglichen Gebärden, vom Tageslicht geblendet dahin, es war ein Zug, wie er dem kleinen entthronten König zukam. Besaßen diese unglücklichen Verblendeten nicht auch Ansprüche auf irgend ein eingebildetes Königreich, welches sie niemals beherrschen sollten?

Um die jammervolle Leichenfeier noch trauriger zu gestalten, fiel unaufhörlich ein dichter, feiner prasselnder Regen, als verfolge die Kälte den kleinen König hartnäckig bis in die Erde, in der er ruhen sollte. Ja bis in die Erde, denn die Rede, welche Moronval am hinabgesenkten Sarge hielt, dieser Schwall von Gemeinplätzen und hochtrabenden, essigen Worten, war nicht dazu angetan, dich zu erwärmen, mein armer Maduh. Der Mulatte sprach von den Tugenden, dem klaren Verstande des Verstorbenen, welch musterhafter Herrscher er eines Tages geworden wäre und schloß seine Leichenrede mit dem faden Ausspruch, der in solchen Fällen paßt:

„Er war ein Mensch!" sprach er pathetisch.

Ja, er war ein Mensch!

Für diejenigen, welche dieses kleine bemitleidenswerte, sympatische Affengesicht, diese durch entwürdigende Dienstbarkeit verlängerte Kindheit in Sprache und Wesen gekannt hatten, klangen Moronvals Worte ebenso betrübend, als komisch.

Dennoch war unter all den Krokodilstränen, die Maduh beweinten, ein wahres Gefühl, ein aufrichtiger Schmerz, derjenige Jacks. Der Tod seines Kameraden hatte einen tiefen Eindruck hinterlassen, und die kleine Mohrenfratze mit dem düsteren, trostlosen Ausdruck, die er in dem dümmerigen Schuppen gesehen, verfolgte ihn tagelang. Dazu kam in diesem Augenblick auch noch die Nachwirkung der schauerlichen Leichenfeier und das Bewußtsein seines eigenen Unglücks. Seit der Neger nicht mehr war, fühlte er sich ganz allein dem Zorn seines Lehrers ausgesetzt; die „kleinen heißen Länder", so verlassen sie sein mochten, hatten doch alle Berichterstatter, welche sie dann und wann besuchten und gegen allzu sichtbare Gewalttätigkeiten Einspruch erhoben hätten. Jack war seinem Schicksal überlassen, das sah er wohl ein. Seine Mutter schrieb ihm nicht, kein Mensch im Gymnasium wußte, wo sie sich befand. O, wenn er es nur erfahren konnte, wie würde er sich beeilt haben, zu ihr zu flüchten, ihr sein Leid zu klagen.

Daran dachte der kleine Jack, während er die lange, schmutzige Straße vom Kirchhof hinabschritt. Vor ihm gingen Labassindre und der Doktor Hirsch, welche sich sehr laut unterhielten, da hörte er sie sagen:

„Sicherlich ist sie in Paris."

Mechanisch horchte Jack auf.

„Ich habe sie vorgestern über den Boulevard gehen sehen."

„Und er?"

„Tausend, du denkst wohl, sie sind zusammen zurückgekommen?"

Er, sie, das waren ein paar unbestimmte Bezeichnungen und doch fühlte sich Jack so aufgeregt, als höre er jene Tischgespräche, die ihn so foltern. In der Tat verrieten ihm die im nächsten Augenblick sehr deutlich ausgesprochenen beiden Namen, daß er sich nicht täuschte. Seine Mutter war also in Paris, in derselben Stadt wie er, und kam nicht her, ihn zu liebkosen. —

Wenn ich zu ihr ginge! fiel ihm plötzlich ein.

Während des weiten Weges vom Père Lachaise bis zur Avenue Montaigne beschäftigte ihn unausgesetzt der Gedanke: Fliehen. die Unordnung benutzen, in welcher die Zöglinge jetzt zurückkehren, von der Anstrengung ermüdet, achtet keiner auf Ordnung und Haltung, nun die Vorstellung beendet ist.

Moronval, von seinen Lehrern und einer Gruppe fragwürdiger Gestalten umgeben, eröffnete den Zug und wendete sich von Zeit zu Zeit mit einer aufmunternden Geste „Vorwärts" zu dem langen Said, welcher eine zweite Schar leitete. Der Aegypter übermittelte den Ruf des Lehrers den kleinen Beinen, welche in weiter Entfernung mühsam folgten. „Vorwärts, vorwärts!" Darauf setzten sich die Nachzügler in Trab, um den Haupttrupp, so gut es ging, zu erreichen, nur Jack blieb anscheinend sehr ermüdet mehr und mehr zurück.

„Vorwärts," rief Moronval.

„Vorwärts, vorwärts," wiederholte der Aegypter.

Am Eingang der Champs-Elysées drehte sich Said noch einmal um und telegraphierte mit seinen langen Armen, ließ sie aber sogleich mit bestürzter Miene sinken.

Der kleine Jack war verschwunden.

Siebentes Kapitel.

Ein nächtlicher Marsch.

Anfangs rannte er noch nicht; er wollte nicht aussehen wie jemand, der durchgeht; nein im Gegenteil, er schlenderte müßig dahin, zwar mit wachsamem Auge und sprungbereiten Füßen. Aber je mehr er sich dem Boulevard Haußmann näherte, desto mehr trieb ihn die Lust zu laufen vorwärts, seine kleinen Schritte verlängerten sich unwillkürlich, seine Ungeduld wuchs zu einer entsetzlichen Unruhe.

Was würde ihm auf dem Boulevard begegnen? Vielleicht war das Haus verschlossen! Und wenn sich Hirsch und Labassindre geirrt hatten und die Mutter nicht zurückgekehrt war, was sollte dann aus ihm werden? An die Möglichkeit, nach diesem Fluchtversuch wieder ins Gymnasium zurückzukehren, dachte er nicht einmal. Und wenn er es tat, so mußte ihn die Erinnerung an die dumpfen Schläge und das furchtbare Wimmern, welches er einen ganzen langen Nachmittag hindurch aus dem Zimmer, wo sich der Mulatte mit Maduh eingeschlossen hatte, gehört, mit Schrecken erfüllen und ihn von seinem Vorhaben abbringen.

„Sie ist da," sagte sich das Kind mit freudigem Entzücken, als es schon von weitem sämtliche Fenster des Hotels geöffnet und die Torflügel zurückgeschlagen sah, als sei seine Mutter im Begriff auszufahren. Er beschleunigte seine Schritte, um den Wagen noch zu erreichen. aber als er in der Vorhalle anlangte, kam ihr das Haus ungewöhnlich fremd vor. Es war voller Menschen. Durch das Portal wurden Möbel getragen, lauter Sofas und Sessel, deren zarte, nur für das Dämmerlicht eines Boudoirs geeignete Farben in dem grellen Licht der Straße so verlassen aussahen. Ein von Amoretten umgebener Spiegel lehnte an den kalten Stufen neben welken Blumenkörben, abgenommenen Gardinen und einem kleinen Krankenfuchter aus Bergkristall.

Elegant gekleidete Damen stiegen die Treppe hinauf, ihre zierlichen Füße begegneten auf dem verblaßten Teppich den groben Stiefeln der Beamten, welche mit Möbeln beladen herabkamen. —

Inmitten der Menge stieg Jack bestürzt die Treppe hinauf, er hatte Mühe, die Wohnung wiederzuerkennen, so verändert waren die Zimmer durch die unordentlich umherstehenden Möbel.

(Fortsetzung folgt.)

Warum ist das Meer so rot

(Russische Volksweise.)

„Warum, warum ist das Meer so rot?"
— Hör zu, ich will's dir sagen:
Die Sonne, die alte Sonne ist tot,
Ist ins tiefe Meer gesunken,
All ihr Blut hat das Meer getrunken,
Davon ist es so rot. —
„Das glaub ich nicht."

„Warum ist der Strom so rot?"
— Hör zu, ich will's dir sagen:
Es kam ein Schiff mit fränkischem Wein,
Das führte zum Hafen wohl tausend Tonnen.
Auf einer Sandbank, da barst es ein,
Der Wein ist all in den Strom geronnen,
Davon ist er so rot. —
„Das glaub ich nicht."

„Warum ist der Schnee so rot?"
— Hör zu, ich will's dir sagen:
Sie schlugen Väter und Brüder tot,
Sie schlachteten Kinder und Frauen,
Von Menschenblut ist der Schnee so rot,
Der Schnee muß all in die Bäche tauen,
Davon ist der Strom und das Meer so rot. —
„Das glaub ich wohl."

Dichter unbekannt. Uebersetzt von K. Henckell.

„Nach drei Zaren"

Bilder vom 9. Allrussischen Sowjetkongreß

Unter den Erscheinungen beim Kongreß gab es solche, die sich als leuchtende symbolische Bilder der Arbeiter- und Bauernrevolution dem Gedächtnis einprägen. Das gilt unter anderem von gewissen Reden, die aus schlichtem Munde kamen. Ihr bloßes Erscheinen auf der Tribüne löst eine solche Begeisterung aus, daß die Wände des Großen Theaters vom Beifallsklatschen und von den Zurufen erzittern.

Da erscheint auf der Rampe ein Greis im Schafpelztock, der parteilose Bauer Tschukow, der ins Präsidium des Kongresses gewählt worden ist. Die Gestalt des Alten ist ein wenig gebückt, zeigt jenes typische, jahrhundertelange Gebücktsein der Bauernschaft, das unsere Bauerngreise wie ein Merkmal der Unterdrückung tragen. Tschukow spricht mit zitternder, manchmal abbrechender Stimme, die das Alter und die ihn offenbar würgende „knochige Hand des Hungers" dämpft. Was sagt er denn?

„Ich habe drei Zaren gesehen und überlebt: den Zaren „Befreier", den Zaren „Friedensstifter" und den Zaren „Branntweinhändler! . . ."

Ein Beifallssturm folgt diesen Worten.

„Ihr fragt euch, warum ich so respektlos von den Zaren spreche? Wie denn anders? Unter allen drei Zaren saß ich zu Hause hinter dem Ofen, jetzt aber hat man mich hervorgegegen und auf einen anderen Platz gestellt: sehet ihr, wohin? Da, hierher! . . ."

Mit einer gravitätischen Geste des Alters weist der Greis auf den Saal, der in Licht, Purpur und Gold erstrahlt, auf die riesige Masse der Delegierten, auf das Präsidium, die Wände und die mit allegorischen Figuren bemalte Decke. Unter stürmischen Ovationen fährt er fort mit derselben stockenden Stimme zu sprechen.

„Ja . . . und so kam es, daß wir ein neues Leben aufbauen . . . Alles! . . .

Die „knochige Hand des Hungers" unterbricht seine fließende Rede über den Traum der Bauern „vom goldenen Hafer", über die Befriedigung, die ihm in seinem Alter die neuen Sowjetgesetze über die Naturalsteuer, über die Bodennutznießung und anderes gewährten. Er bleibt wieder stecken, dann aber faßt er sich und wiederholt kaum hörbar:

„Und so kam es, daß wir ein neues Leben aufbauen . . . Alles! . . .

Hört ihr dies, meine Herren Rjabuschinsky und seinesgleichen, die ihr auf die „knochige Hand des Hungers" eure Rechnung setztet? . . .

„Und so kam es, daß wir ein neues Leben aufbauen . . . . Alles! . . .

A. Sergejew.

Die bürgerliche Lügenpresse

Aus dem Roman „Der einzige Weg" von Paul Nebour.

(Schluß.)

Nach dem Abgang des Sekretärs blieb Réal stumm.

„Also, verehrter Freund," meinte Martin herzlich, „gestehen Sie, sind Sie mir böse?"

„Nein. Ich wiederhole und fasse zusammen."

Martin sah ihn bestürzt an.

„Jawohl," bestätigte Réal. „Ich stelle fest: Erstens: Was meinen Artikel betrifft, so wäre es Ihnen am liebsten, Ihre Leser vergäßen, was der Krieg ist. Ich will mich nicht deutlicher erklären, weshalb Sie das tun. Zweitens: Sie verschweigen eine Tatsache, die an sich vielleicht ohne Bedeutung ist, aber dazu beitragen könnte, dem Völkerhaß ein Ziel zu setzen. Drittens: Sie bringen Ihren Lesern lieber Klatsch, lieber Unsauberkeiten als eine Urkunde der Volkswirtschaft. Also, ich wiederhole Ihnen, ich fasse alles zusammen und kann Sie nicht verstehen."

Niemals noch hatte Réal diesen Ton angeschlagen. Zweifellos hatte der Verdruß über die Ablehnung seines Aufsatzes starken Anteil an seiner Schärfe. Da er seine erste Niederlage erlitten hatte, ging er zum Gegenangriff über.

Aber Streit entsprach weder seinen Gewohnheiten noch seinem Geschmack. Ironisch schlug er vor:

„Also statt dieses unerwünschten Artikels vielleicht einen über die Auferstehung der Krinoline? Einen etwas pikanten, wenn's beliebt?"

Martin gefiel sich als Sieger in der Pose des Gedemütigten: „Sie wollen mir wirklich nicht zürnen. Ich muß oft meine Neigungen, meine Vorlieben der Rücksicht auf die Linie meines Blattes opfern . . . Niemals aber ist mir ein Opfer so schwer geworden wie heute abend. Glauben Sie es mir."

Aber alle Entschuldigungen vermochten nicht, das Mißvergnügen des gekränkten Schriftstellers zu mildern. Hastig brach er auf, erwiderte kaum die Grüße der Boten und lief über den Boulevard, um sich Bewegung zu machen und ein wenig Luft zu schöpfen.

Von der Terrasse des Cafés winkte ihm jemand.

„He, Réal! Was machst du? Komm, trink einen Schluck!"

Es war Walter Jacobi, der Chefredakteur der äußeren Politik am „Neuen Jahrhundert," dem Konkurrenzblatt des „Boulevard".

„Du begreifst wirklich nicht?" sagte Walter Jacobi, als er den Zwischenfall hörte. „Das ist doch ganz klar. Die Regierung braucht im Augenblick die öffentliche Meinung, um ihre Politik der Einkreisung Deutschlands fortzusetzen. Deshalb muß die Presse hübsch kriegerisch bleiben, um unsere Ansprüche durchzubringen. Martin hat seine Anweisung erhalten. Das ist eine dienstliche Angelegenheit. Nicht mehr und nicht weniger."

Réal unterbrach seinen Partner mit den Worten:

„Dann ist also dieser Chefredakteur ein Bedienter."

„Das ist ungerecht," versetzte Jacobi, an seiner feuchten Oberlippe saugend.

„Ungerecht?"

„Gewiß, Martin trägt doch die Verantwortung. Du kennst doch die Presse genug um zu wissen, was von der Unabhängigkeit eines Zeitungsmannes zu halten ist."

Réal nickte.

„Ich kenne sie freilich gut genug . . . Ich weiß noch, als ich anfing, ... Gott, was war ich treuherzig! Wie das ganze brave Publikum war ich überzeugt, daß die Journalisten nach ihrem Wissen, ihrem Wollen schreiben. Ich hielt die Zeitungen schlimmstenfalls für konkurrierende Firmen. Ach ja! Ich war ein guter Junge . . .!"

Er schwieg. Seither hatte er die Wahrheit erkannt. Diese Scheingefechte bei Gleichheit der Methode, der Geldquellen, der gemeinsamen Schuld des Verschweigens. Wie man sich durch den Zwang des Berufes gewöhnt, in schlechter Luft zu atmen, so hatte er sich seit Jahren mit diesem Gewissensschauder abgefunden. Er entrüstete sich über nichts, er wunderte sich über nichts.

Vor ihnen wogte der Korso der nächtlichen Spaziergänger. Einige schoben sich rasch durch die Gruppen. Andere musterten beim Vorbeischlendern die Tische der Kaffeehäuser. Zeitungsburschen tobten mit ihren Blättern und brüsteten sich mit wichtigen Nachrichten, die jeder unverzüglich erfahren müsse.

„Ich wette", sagte Réal, „daß keiner von diesen Beziehern fetter Enten eine Ahnung hat, wie erlogen das alles ist."

Gerechte Teilung

Ali, der Krämer, war ein gottesfürchtiger, rechtlicher Mann. Streng nach Maß und Gewicht teilte er jedem zu, was ihm gebührte: keine Olive zu wenig, keine Datteln zu viel, und die eine Hälfte vom Käse kein Deutchen schwerer als die andere.

Er hatte zwei Söhne, Mahmud und Aladin. Jener, von Allah mit Gesundheit begnadet, hatte eine alte Witwe geheiratet und beerbt, deren Reichtümer er nun mit seinen Odalisken behäbig verzehrte. Aladin aber, als Kind noch, war von einem Kamele getreten worden und hatte, seitdem gelähmt, das Schusterhandwerk erlernen müssen. Blaß und bekümmert saß er in seiner Bude, rastlos tätig in der Sorge für Weib und Kind.

Eines Nachts, zwischen Träumen und Wachen, vernahm Vater Ali eines Engels Stimme.

„Ali!" erklang es freundlich, „dein Haar ist nun weiß geworden, deine Stunde ist nicht mehr fern! Doch will der Allgütige zuvor dich noch einmal erquicken. Gehe in deinen Garten, wo der alte Oelbaum im Winkel steht. Dort grabe nach zwischen den Wurzeln, und was du findest, schenke es deinen Söhnen, teile es zwischen beiden, aber teile es mit Gerechtigkeit!"

Ali grub und fand einen Sack mit Goldstücken, die sein Vater in Kriegszeiten dort versteckt hatte, und er verteilte sie, gehorsam der überirdischen Stimme, redlich zwischen den Brüdern, gab jedem die Hälfte und halbierte das letzte überschießende Stück auf der Goldwage.

Mit ruhigem Gewissen suchte er am Abend sein Lager auf.

Doch seltsam, er konnte nicht schlafen; etwas war in ihm, das ihn drückte und peinigte.

Und wieder ertönte die Stimme. Doch nicht mehr freundlich. „Ali, Ali!" erklang es vorwurfsvoll, „warum teilteest du gar so ungerecht?"

„Ich teilte nach Recht und Gerechtigkeit!" stammelte erschrocken der Alte.

„Das lateest du nicht!" entgegnete die Stimme mit tiefem Ernste, „nein Ali, nein! — Es gibt eine höhere Gerechtigkeit als die nach der Rechenkunst! Dem armen Aladin gebührte der Schatz, dem feisten Mahmud ... der Sack!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0007

Die kommunistische Frau

Wie wurde ich Kommunistin?

Brief einer Genossin

Als Kind von Arbeiteretern lernte ich schon früh Not und Entbehrungen kennen, oft war Schmalhans Küchenmeister, und schon in frühester Jugend mußten wir Kinder mit Geld verdienen helfen. Aus der Schule entlassen, ging ich in die Fabrik als Arbeiterin und trat 1901 der Gewerkschaft des Zentralverbandes der Schuhmacher bei, da wir in der Schuhindustrie öfter Lohnkämpfe und Streiks durchmachten, so im Jahre 1905 den großen Streik, der 13 Wochen andauerte und mir so recht den Klassenstandpunkt der Unternehmer vor Augen führte.

Ich verließ W. und bekam Arbeit in H., wo ich 4½ Jahre arbeitete. So fortgeschritten die Arbeiter in W. gewesen waren, so rückständig waren die in H. Alle streng katholisch, betrachteten sie die Religion als Hauptsache. Mir war als Kind schon die Religion verhaßt geworden, und hier bot sich mir die Gelegenheit, die verschiedensten Glaubensrichtungen zu studieren, und ich wurde in meiner Ansicht, daß die Religion nur zur Verdummung der Arbeiterklasse beträgt, noch bestärkt.

Im Jahre 1907 trat ich aus der evangelischen Kirche aus, konnte jedoch noch keiner politischen Partei beitreten, da erst ein Jahr später weibliche Mitglieder aufgenommen wurden. Also wurde ich 1908 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Durch den Besuch vieler Versammlungen und ferner durch das Studium wissenschaftlicher Literatur bereicherte ich meine Kenntnisse, wobei mir mein Mann recht zu Hilfe kam. Da er Bibliothekar der Arbeiterbibliothek war, brachte er mir die verschiedensten wissenschaftlichen Werke mit, welche wir gemeinsam lasen.

Es tat sich eine neue Welt vor mir auf und ich versuchte, so gut es ging, meine Kenntnisse unter die Arbeiterinnen zu tragen. Ich nahm an den verschiedenen Kursen der Partei teil, und 1911 wurde ich von der Gewerkschaft als Berichterstatterin zum Heimarbeiterkongreß nach Berlin delegiert. Das war für mich eine schwere Aufgabe, war es doch das erste Mal, daß ich öffentlich reden sollte, aber es ging — wenn auch zaghaft. Doch gelobte ich mir: das nächste Mal muß es besser werden! Und es wurde besser. In der Fabrik war ich Vertrauensperson und erwarb mir das Vertrauen aller Arbeiterinnen.

Als aber 1914 der Weltkrieg kam, war es mir rätselhaft, daß keine Parole der Sozialdemokratischen Partei kam, hatte ich doch oft in öffentlichen Versammlungen gehört; fürs Militär keinen Mann und keinen Groschen! (Bebels Wort). Deshalb war mir die Bewilligung der Kredite unverständlich. Zur Beschwichtigung wurde uns vorgeredet, die Grenzen seien in Gefahr und müßten verteidigt werden. Als aber 1915 die Opposition im Reichstag echt Mann stark die Kredite verweigerte, hielt ich dies für richtig und verfolgte mit Eifer die kargen Zeitungsberichte, welche die Zensur in die Presse gelangen ließ. Von Jahr zu Jahr wurde alles knapper, und es reichten weder die Lebensmittel auf Marken noch das Geld. Es war eine schwere Zeit für die Frauen, ich erinnere nur an die Hamsterfahrten.

1916 fiel mein Mann im Felde, ich stand allein mit meinen beiden Kindern von 4 bis 6 Jahren. Wieder wurde ich in die Fabrik getrieben, doch alle politischen Versammlungen waren verboten, wir waren mundtot.

Als 1918 die Revolution kam, atmete alles auf, hoffte man doch auf bessere Zeiten. Sie brachte uns Frauen das gleiche, freie und direkte Wahlrecht, um das unsere Genossen schon Jahrzehnte gekämpft hatten. Wir erwarteten eine große Umwälzung, aber die Männer waren kriegsmüde und wir, die wir dabeim waren, konnten infolgedessen die Revolution nicht weiterführen. Ich will nun nicht auf alle Einzelheiten eingehen, sondern mich kurz fassen. Ich trat zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei über und glaubte nun, in wahrhaft revolutionärem Sinne weiterarbeiten zu können. Ich wurde zur ersten Reichsfrauenkonferenz nach Leipzig delegiert, wo der Parteitag tagte, welcher im Aktionsprogramm die Diktatur des Proletariats forderte. Es gab nun Arbeit in Hülle und Fülle, um die Massen zu erfassen und Propaganda zu treiben. Keine Mühe wurde gescheut, und so stieg die Mitgliederzahl der Partei auf eine halbe Million. Aber die Diktatur des Proletariats stand nur auf dem Papier und man dachte nicht daran, dieselbe zu verwirklichen. Bei den Kommunalwahlen gewannen wir die meisten Stimmen, und auch ich zog mit in das Stadtparlament als Stadtverordnete ein.

Langsam bildete sich auch hier in der USP. eine Opposition, welche mit der Tatik der Partei nicht zufrieden war. Ich erinnere an den Kapp-Putsch und den zu früh abgebrochenen Generalstreik. Die Zwistigkeiten zwischen den beiden Parteirichtungen wurden auf dem Hallischen Parteitag ausgetragen. Hier überzeugten mich Simanowitzus und Lojowskis Reden davon, daß nur die Kommunistische Partei das Proletariat aus dem Wirrwar herausführen könnte, und der größte Teil aller Delegierten waren derselben Ueberzeugung. Ich trat zur KPD. über und arbeitete nun noch intensiver. Es kam der Vereinigungsparteitag in Berlin, an dem ich als Delegierte teilnahm, und nach den Richtlinien, welche hier inbezug auf die Frauenorganisation herausgegeben worden sind, habe ich als Leiterin meines Kreises bisher gearbeitet und werde es weiter tun, wenn der Weg auch noch so steinig ist und die Propaganda noch nicht den nötigen Erfolg gezeitigt hat. Die Märzaktion brachte uns in unserem Kreise wieder ein ganzes Stück zurück, aber ich glaube, daß wir nun auch diese Krise überwunden haben; denn so manche Frau ist durch die Sondergerichtsurteile politisch sehr viel klarer geworden, und außerdem ist der furchtbare Steuerdruck die beste Propaganda. Nützen wir diese aus und beweisen wir durch die Tat, daß wir vor nichts zurückschrecken. Dann wird unser aller Erfolg sicher sein.

A. Z.

Auch Arbeitermädchen

Heute sah ich sie wieder, diese drei kleinen Fabrikmädchen ... Und es ist ein Erzählen und ein lautes unnatürliches Lachen, alles hohlen Schaum vertretend ...

Das eine Mädel, Emmi wird sie von ihren Kolleginnen genannt, hat einen einstmals schönen, jetzt abgetragenen blanken Mantel an, den sie aber nach der neuesten Mode ummodernisiert hat ... eine große, schmutzige Wollmütze auf dem Kopfe; die Finger hat sie in zerrissene, fleckige Glacéhandschuhe gezwängt. Sie hat ein feines Profil, aber die Augen, die aufdringliche Stimme passen nicht dazu. Ihr Mund geht in einem fort, wenn „er" sie bloß nicht abholen wollte, heute welle sie mit Fritz gehen .. usw.

Die andere, eine ebensolche, mit einer Handarbeit beschäftigt, spricht immer nur von ihrer „Aussteuer", so und so viel habe sie schon, und sie freue sich schon, „man is denn scheer und brauch nich arbeiten" schloß sie ihre lebhafte Betrachtung.

Das dritte Mädel sitzt in die Ecke gedrückt über einem „hochspannenden" Roman, ein sogenanntes Groschenheft. Sie läßt sich nicht stören, ihre Augen überfliegen die Schrift, ihre Backen sind geröter; kurzsichtig scheint das Mädchen auch zu sein, sie hält das Buch kaum fünf Zentimeter von den Augen, es sieht häßlich aus.

Die eine spricht von ihrer Aussteuer, ein junges Ding von 18 Jahren; die andere mit geschminkten Backen von „ihm", die dritte kümmert sich um nichts, sitzt weltvergessend über das Buch gebeugt ... Sie tun so, als wenn ihnen das Abteil allein gehöre, sie erzählen sich mit ihrer aufdringlichen Stimme, — alles stößt ab.

Ich will nicht richten; aber warum machen die Mädchen das der anderen Gesellschaft nach? Diese Mädchen sind wie Puppenköpfe. Wehe, würde man denen mit proletarischem Klassenkampf kommen „Das geht uns gar nichts an, wozu sind denn die Männer da?" würden sie glattweg sagen.

Haben sie recht? Denkt nach, Arbeiterfrauen!

J. S.

Die neue Frau

Keine Krone auf dem Haupte,
frei die zweiggranatumlaubte,
reine, furchtberaubte Stirn!
Milde Sicherheit im Blicke,
Stolz im stählernen Genicke,
deine Wangen Purpurfirn.

Schlichter Wahrheitsmut dein Wandeln,
Lebenslauterkeit dein Handeln,
Bildung dein geadelt Kleid.
Die Natur dein Stern und Heiland,
kühne Kunst dein Wallfahrtseiland,
deine Wehr Gerechtigkeit.

Heute mußt du häßlich darben,
schleppen alle Lust zu Garben
für ein Rudel schönheitsfremd.
Schönheit mit der Seele suchend,
webst du, deine Not verfluchend,
grob des Lebens Sorgenhemd.

Neue Kräfte seh' ich glühen,
neue Säfte seh' ich blühen,
lichtwarm steigt die neue Welt.
Das Gemeine weicht von Erden,
was nie war, nun will es werden,
und das Sklavenschiff zerschellt ...

Karl Henckell.

Die Frau bei den Wahlen

Sicher wird jeder vermuten, daß nun wieder einmal bewiesen wird, wie unpünktlig die Frauen die Wahlen beeinflußt haben. Aber einmal wollen wir auch etwas Erfreuliches berichten und zeigen, daß proletarische Frauen manchmal auch ohne jede männliche Anleitung und Führung spontan in Aktion treten, wenn sie es im Interesse der revolutionären Arbeiterklasse für notwendig halten. Bei den Kreistagswahlen in Anhalt haben proletarische Frauen in Schachstedt, wo noch keine Ortsgruppe unserer Partei besteht, selbst Plakate geklebt, Flugblätter und Wahlzettel verbreitet und unserer Partei in diesem kleinen Orte zu einem großen Erfolg verholfen. Wir lassen den Brief unserer beiden Genossinnen an die Magdeburger Bezirksleitung im Original folgen:

Abschrift

An die Kommunistische Partei Deutschlands

Hiermit wollen wir Sie in Kenntnis setzen, daß hier in Schachstedt keine Partei besteht. Unsere Männer kommen nur aller acht Tage nach Hause. Die Gemeinderatsliste ist hier richtig eingegangen und wiederum etwas geändert worden. Dadurch wieder zurückgekommen mit dem Vermerk „Zu spät", sichern nur, weil es Kommunisten sind. Es sind ja doch 51 Stimmen für den Kreistag herausgekommen. Für so ein Dorf, wie dieses eins ist, ist das wirklich eine große Leistung. Wir haben die Plakate alle sowie die Kiebestreifen angeklebt, auch für Verbreitung der Flugblätter gesorgt.

Alles guckte nach den „Kommunisten-Frauen", als wir unter Mittag die Plakate anklebten. Wir haben noch oben übergeschrieben: „Für den Kreistag" und unten war gedruckt: „Wählt Kommunisten!"

Wir wollen hier sobald wie möglich eine Ortsgruppe bilden. Dazu gehört vor allem eine Zeitung und zwar „Klassenkampf" mit Beilage für die Frau. Bitte wollen Sie es uns besorgen. Ich habe mich hier schon sehr oft in Versammlungen betätigt.

Für Flugblatt tragen habe ich 5 Mark bezahlt. Ein bißchen Schreibpapier und Umschläge wäre sehr erwünscht. Umgehend geben Sie uns bitte Nachricht.

Mit kommunistischem Gruß!

Frau K. Frau T.

Die Kommunistin als Hausarbeiterin

Ein Gespräch

Unsere Gegner versuchen häufig, an die bei ihnen als Näherinnen, Aufwärterinnen oder sonstwie beschäftigten Frauen heranzukommen und ihnen durch allerlei Gespräche und Erzählungen von den Schlechtigkeiten der Kommunisten die politische Meinung zu entlocken. Viele von den Frauen hören aus Angst, ihre Arbeit zu verlieren, äußerlich ruhig, aber innerlich wütend zu, ohne etwas zu erwidern. Andere aber können nicht ruhig bleiben, und da es ihnen infolge ihrer ungenügenden Schulung nicht möglich ist, den Herrschaften sachlich entgegenzutreten, so werden sie grob und verlieren ihre Arbeit. Wieder andere, das sind die indifferenten Frauen, geben der gnädigen Frau in allen Dingen recht. Ja sie entblößen sich nicht, um sich nur recht einzuschmeicheln, sich selbst die Butter auf das Brot zu lügen. Ich habe derartige Fälle schon oft erlebt.

Damit die Frauen sehen, daß man den Herrschaften auch sachlich gegenübertreten kann, ohne die Arbeit einzubüßen, will ich hier ein persönliches Erlebnis erzählen.

Ich kam zum erstenmal zu einer Frau Direktor, die durch ihre Verwandten bereits erfahren hatte, daß ich Kommunistin bin. Es entspann sich folgendes Gespräch. Die Frau Direktor fing an: „Nein, diese Teuerung jetzt, wo soll das nur hin? Wenn man nur wüßte, wer schuld daran hat?" Da sie einmal gehört hatte, daß ein Arbeiter zum andern sagte: „Unter Wilhelm war es doch besser. Es wäre doch gut, wenn er wiederkäme," fragte sie mich: „Meinen Sie das nicht auch?" Ich antwortete, es wäre gar nicht nötig, daß Wilhelm wiederkäme; denn es regierten auch ohne ihn noch dieselben Leute wie früher.

Sie (außer sich): Ja, wir haben aber doch eine rote Regierung.

Ich: Nein, wir haben wohl einen sozialdemokratischen Präsidenten, Justizminister und ähnliches mehr, aber das sind doch nur Strohmänner. In Wirklichkeit regieren die alten Geheimräte, Regierungsräte usw.

Sie: Na ja, Leute ohne Bildung, wie z. B. Kilian, können doch auch nicht regieren.

Ich: Warum sollten sie das nicht können? Freilich würden sie auf etwas andere Weise regieren, als man es bisher gewöhnt ist.

Sie: Vor kurzem war hier ein Arbeiter wegen einer Reparatur, ein Kommunist, der sagte: „Ach, Frau Direktor, wir denken ja gar nicht daran, Ihnen den Kopf abzuhauen. Wir brauchen die Direktoren, Ingenieure usw. alle. Die müssen alle ihre Arbeit weiter fortsetzen." Also sehen Sie, warum dann immer die Hetzereien gegen uns?

Ich: Ja, freilich brauchen wir die Intellektuellen alle. Denen tut niemand etwas zuleide, wenn sie für die Allgemeinheit arbeiten. Nur wenn sie sabotieren und versuchen, den Arbeitern zu schaden, muß rücksichtslos vorgegangen werden. Ich z. B. bin ja auch tätige Kommunistin und habe durchaus keine Lust, Ihnen den Kopf herunterzuholen.

Sie atmete erleichtert auf; denn ich hatte endlich gesagt, daß ich Kommunistin wäre, worauf ja das Ganze nur abgezielt gewesen war.

Sie: Ja, sehen Sie, das ist es ja eben, was ich nicht begreife. Sie sollten sich doch nur um Ihre Familie kümmern, denn für Ihre Parteiarbeit bekommen Sie doch keinen Dank. Ich hätte wirklich keine Zeit, mich um die Politik zu kümmern. Ich habe genug mit meinem Haushalt zu tun. Warum machen Sie das eigentlich?

Ich: Weil ich es nicht mitansehen kann, wie ein Teil der Menschheit prasst und nicht weiß, was mit allem Gelde anfangen, und dabei nicht die geringste Arbeit leistet, während der andere, der größte Teil der Menschheit, hungern und frieren muß, der doch alle Arbeit leistet.

Sie: Ja, die Menschen sind aber doch zu schlecht. Vor kurzem stand ich vor einem Putzladen und sah mir die Hüte an. Da kam eine Frau und sagte: „Ja, du Aas, gucke bir nur die Hüte an! Dein Kopf wird doch bald herunterfliegen!" — Das hätte doch früher kein Mensch zu sagen gewagt. Vielleicht braucht diese Frau für sich mehr Geld, als ich es tue. Wenn ich mir ein Kostüm kaufe, so nehme ich den besten Stoff, lasse es vom ersten Schneider machen und trage es dann aber auch sechs bis sieben Jahre, während sich diese Frau vielleicht jedes Jahr ein Kostüm kauft.

Ich: Erstens glaube ich nicht, daß die Frau sich jedes Jahr ein Kostüm kaufen kann. Zweitens muß sie jedesmal das Billigste nehmen, das dann natürlich nicht solange hält. Und was das Kopfabschlagen betrifft, so hätte die Frau früher dergleichen allerdings nicht zu sagen gewagt. Aber gedacht hat sie es und zu ihrer Nachbarin vielleicht auch früher schon gesagt. Es ist aber auch möglich, daß früher gerade diese Frau am demütigsten vor den Herrschaften kroch. Solche schlagen leicht ins andere Extrem um.

Sie (mich erstaunt ansehen): Ist das wahr?

Ich: Gewiß! Aber nun sagen Sie mir doch einmal, in was für einem Staat diese Frau erzogen worden ist, im kapitalistischen oder kommunistischem Staat?

Sie (zögernd): Im kapitalistischen Staat.

Ich: Na, da sehen Sie. Ein im kommunistischen Staat erzogener Mensch würde so etwas nie sagen, und wenn die Frau eine Kommunistin wäre, so hätte sie es auch nicht getan.

M. S.

Weihnachtsbescherung in Torgau

Bericht einer Genossin

Um erst einmal Geld in die Finger zu bekommen — denn ohne Geld ist nun mal nichts anzufangen —, habe ich Listen herausgegeben in die Betriebe und aufs Land. Voller Freude konnte ich einen Betrag von 9431 Mark 30 Pfennig buchen. Die Landarbeiter von Belgern und Großtreben stellten mir 55 Pfund Mehl zum Stollenbacken zur Verfügung, außerdem 7 Pfund Zucker, 2 Pfund Schinken, Fett, Wurst, ja sogar ein halbes Stück gute Butter, ein paar selbstgestrickte Kinderhandschuhe, einen Achtkuchen und fünf kleine Stollen. Von dem Mehl stellte ich 75 Stück ein Pfund schwere Stollen her; denn soviel brauchte ich, wenn jedes Kind der inhaftierten Genossen und die Genossen selbst je eine Stolle erhalten sollten. Das Backgeld sparten wir, denn der Bäcker hat umsonst. Von dem Gelde konnte ich — weil alle Preise um zehn Prozent herabgesetzt wurden und mir als Extrarabatt noch ein Karton Hosenträger und zwei rote Schlipser für Mädchen gegeben wurden, — folgende Sachen einkaufen: 15 Paar gute Strümpfe, 22 Meter Kleiderstoff, vier Meter Barchent zu zwei Unterhosen, drei Paar gute Handschuhe, 26 Meter Hemdenbarchent, außerdem noch eine fertige Schürze und 10 Meter Schürzenzeitzin. Die Hemden habe ich mit Hilfe einer anderen Genossin zugeschnitten und genäht. Außerdem erhielt ich noch von Ungenannt 12 Paar Strümpfe.

Die Bescherung war auf Sonntag, den 18. Dezember, 2 Uhr nachmittags, festgesetzt. Die Tische waren zu einem Hufeisen gestellt und weiß gedeckt. In der Mitte, zwischen den Tischen, prangte ein herrlicher Baum, schön geschmückt mit selbstgefertigten weißen Sternen, Glasschmuck und Silberfäden und zwölf einfachen weißen Lichtern. Die Geschenke hatten wir schön geordnet, mit Namen versehen, jedem Kinde hingelegt. Punkt 2 Uhr waren alle Mütter mit ihren Lieblingen erschienen. Als wir die Tür öffneten und sie eintreten ließen, wie strahlten da die Frauen- und Kinderaugen! Alle setzten sich erst auf die zurechtgestellten Stühle, und die Feier begann. Sie wurde eingeleitet mit dem Liede:

Stille Nacht, heilige Nacht,
Ringsumher Lichterpracht.
In der Hütte nur Elend und Not,
Kalt und öde, kein Licht und kein Brot.
Schafft die Armut auf Stroh.

Unsere Jugend begleitete sämtliche Lieder mit Mandolinenspiel, dann trug ich „Des armen Mannes Weihnachten" vor. Darauf sangen die größeren Kinder „O Tannenbaum" und dann erklärte ich den Müttern, warum es uns bis jetzt trotz der eifrigsten Arbeit noch nicht möglich geworden ist, ihre Männer als freie Genossen ihnen am Weihnachtsabend wieder zuzuführen. Daß daran die SPD. die Hauptschuld trage, die jeden Antrag unserer Genossen im Reichstag wie im Landtag im Verein mit der Stinnespartei niederstimmten. Ich forderte alle Mütter auf, solange mit uns zu kämpfen, bis die Genossen die Freiheit wieder erlangt hätten. Dann wurde die „Internationale" gesungen und die Kinder bekamen ihre Geschenke ausgehändigt. Mit dem Liede: „Wer schafft das Gold zu Tage" endete die gut verlaufene Feier. Am anderen Tage bekam ich schon zu hören, daß die Mütter eine so schöne Feier noch nicht erlebt hätten. Noch lange wird ihnen diese Weihnachtsfeier im Gedächtnis bleiben.

Nun machte ich mich mit einer Genossin daran, jedem Genossen hinter den Kerkermauern ein Paket fertig zu machen. Vierzig Pakete waren zu packen, und nicht einer wurde vergessen. Jeder erhielt ein halbes Pfund Butter, ein halbes Pfund Wurst, ein Stück Speck und Schinken, soweit der Vorrat reichte, eine Stolle und 20 Zigaretten. Ausgeschmückt mit Tannengrün und einem Weihnachtsgruß, wurden die Pakete mit der Aufschrift „Rote Hilfe Torgau" versehen. Dann ging ich zum Oberstaatsanwalt und forderte die Erlaubnis, den Genossen die Pakete selbst überreichen zu dürfen. Aber alles Reden half mir nicht. Die Erlaubnis wurde mir verweigert, und damit ich nur ja nicht mit den Genossen in Berührung kommen konnte, erbat er sich sogar einen jungen Genossen, der keine Angehörigen in der Strafanstalt hatte, zur Ueberreichung der Pakete. Darauf bin ich aber nicht eingegangen, sondern habe die Pakete per Post gesandt oder sie den Angehörigen ausgehändigt, für welche ich einen nochmaligen Besuch bei ihren Männern durchgesetzt hatte. Das war alles, was ich machen konnte der Halsstarrigkeit der Behörden gegenüber. Der Tag der Abrechnung wird nicht ausbleiben.

Beschert wurden im ganzen 35 Kindern, 1 Flüchtling und 40 Strafgefangenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220120-13/fragment/page=0008